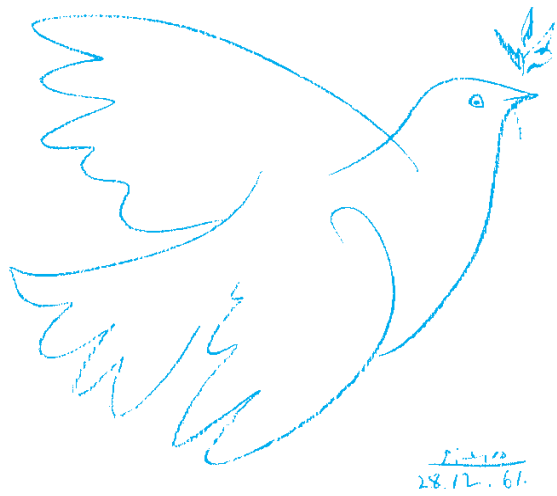




Unsere Welt



Eine Regierung der Kriegstreiber

Mit der NATO in den Weltkrieg?

Die Integration der Schweiz in das NATO-Kriegsbündnis nimmt immer deutlichere Züge an: Der Bundesrat plant eine Beteiligung an den Militäriübungen der NATO, er eröffnet ein NATO-Verbindungsbüro in Genf, er will den Transit von NATO-Kriegsgütern und -Truppen erleichtern und er verweigert die Unterzeichnung des Vertrags für ein Atomwaffenverbot – wegen der NATO.

Von Tarek Idri

Die Maske ist endgültig herunter gefallen: Mehrere Aktionen des Bundesrats in den letzten Wochen haben klar gezeigt, dass es sich bei dieser Regierung um eine Regierung der Kriegstreiber und NATO-Befürworter handelt. Der Bundesrat verfolgt eine zielstrebige Politik der Eingliederung in den NATO-Block, vorläufig ohne Eintritt in das Kriegsbündnis.

Gemeinsam Krieg üben

Einer der grössten Schritte hin zu einer Eingliederung der Schweiz in die NATO, besteht in der geplanten Beteiligung an den grossen Militäriübungen des Kriegsbündnisses. Das Militärdepartement unter Viola Amherd überlegt laut, ob es «am ganzen Spektrum» der NATO-Übungen, auch an den sogenannten Artikel-5-Übungen teilnehmen will. Mit Artikel 5 ist der Bündnisfall im NATO-Vertrag gemeint, bei dem alle Mitglieder gezwungen sind, am Krieg eines einzelnen NATO-Landes teilzunehmen. An den Artikel-5-Übungen werden NATO-Kriege geprobt – demonstrativ an den Grenzen zu Russland und China. Armeechef Thomas Süssli verkündete am NATO-Gipfel im Januar, dass die Teilnahme an solchen Übungen «der Schlüssel, wenn nicht gar der letzte Schritt» sei, um die militärische Zusammenarbeit mit dem NATO-Kriegsbündnis sicherzustellen. «Switzerland is ready to play its part», versprach Oberbefehlshaber Süssli.

Recht schnell und unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde vor Kurzem zwischen der Schweiz und der NATO beschlossen, in Genf ein Verbindungsbüro zu eröffnen. Laut internen Dokumenten soll das Büro

bereits in diesem Jahr Realität werden. Es scheint auf den ersten Blick kein brisanter Beschluss: Ein kleines Büro der NATO, das laut Aussendepartement vor allem die Beziehungen zu den internationalen Organisationen in Genf fördern wird. Aber erstens ermöglicht der Bundesrat dem NATO-Kriegsbündnis damit eine leichtere Beeinflussung der Weltpolitik. Zweitens handelt es sich um die erste permanente NATO-Präsenz in der Schweiz, eine deutliche politische Zäsur. Und drittens wird damit die erste Vertretung eines ausländischen Militärbündnisses in der Schweiz zugelassen. Man stelle sich vor, Russland oder China könnten in der Schweiz Verbindungsbüros der «Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit» oder der «Shanghai Organisation für Zusammenarbeit» eröffnen! «Falls es der Bundesrat mit der Neutralität ernst meint, müsste er auch diese Bündnisse willkommen heissen», bemerkt der Tages-Anzeiger folgerichtig. Mit dem NATO-Büro in Genf stellt der Bundesrat einer Kriegspartei Schweizer Territorium zur Verfügung, was neutralitätsrechtlich äusserst fragwürdig ist.

Freie Bahn für die NATO

Im April konnte die französische Armee Militärlastwagen und Panzerfahrzeuge als Teil der NATO-Operation Althea in Richtung Bosnien und Herzegowina quer durch die Schweiz befördern. In Zukunft dürften solche Transporte häufiger zu beobachten sein. Das Verteidigungsdepartement will, dass die Schweiz Teil von PESCO (Permanente Strukturierte Kooperation) wird, wodurch NATO-Streitkräfte

von europäischen Ländern einfacher und ohne Bewilligung durch die Schweiz transportiert werden können. PESCO wird auch als «militärisches Schengen» bezeichnet und beinhaltet als zentrale Komponente den freien Militärtransport innerhalb EU-Europas (Military Mobility). Die NATO ist von der Absichtserklärung der Schweizer Regierung begeistert. Der NATO-Funktionär Boris Ruge erklärte, «in einem Konfliktfall an der Ostflanke» könnte die NATO so «in kurzer Zeit sehr umfangreiche Kräfte» verlegen. Im Klartext: Die NATO könnte also mithilfe der Schweiz bei einem Krieg mit Russland schneller Kriegsmaterial oder sogar Truppen an die Front schicken. Was das für die Bevölkerung in der Schweiz bedeutet, ist klar: Es besteht die Gefahr, dass die Schweiz in einem solchen Krieg zum Angriffsziel wird, um den Truppennachschub zu verhindern. Die Schweiz wird dadurch in den Krieg hineingezogen. Im Zweiten Weltkrieg erlaubte die Schweizer Regierung zwar den Transit von Rohstoffen zwischen den faschistischen Nachbarländern Deutschland und Italien, aber es gab keinen Transport von Waffen oder Soldaten.

Nukleare Abschreckung

Im Februar reichte die Schweizerische Friedensbewegung SFB ihre Petition «Nein zum Atomkrieg: Atomwaffen verbieten, jetzt!» mit über 5000 Unterschriften ein. Der Bundesrat wurde damit unmissverständlich aufgefordert, dem UNO-Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten und sich aktiv für das Verbot und die Vernichtung von Atomwaffen einzusetzen. Die Antwort des Bundesrats war enttäuschend: Das berechnete Anliegen wurde mit ein paar knappen Sätzen und Floskeln abgespeist. Nur wenige Tage später wurde klar, weshalb. Der Bundesrat hatte bereits den Entschluss gefasst, dem Atomwaffenverbotsvertrag nicht beizutreten. Der ausschlaggebende Grund

Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt
SFB, Riehentorstr. 27
Postfach, 4001 Basel

47. Jahrgang
Nr. 2 – 2024
Solidaritätsbeitrag: Fr. 5.–

Aus dem Inhalt

Die globalen Rüstungsausgaben steigen rapide	2
Linke Argumente für die Neutralität	3
Kuba: Internationales Seminar für Frieden	4
Israelische Kriegsdienstverweigererin	5
Das Nein zum Krieg begründen	6
Krieg: Humanitär, feministisch, queer?	7
100 Jahre Louise und Joe Stebler-Keller	8

No Tech for Genocide!

Solidarität mit den Uni-Besetzungen

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB, die Schweizer Sektion des Weltfriedensrats, erklärt sich solidarisch mit den pro-palästinensischen Studierenden, die derzeit ihre Universitäten, die Universitäten Lausanne, Genf, Bern und Basel sowie die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Lausanne und Zürich besetzt haben.

Es ist nicht nur wichtig, dass unsere Universitäten den gegenwärtigen Völkermord am palästinensischen Volk anprangern und einen sofortigen Waffenstillstand und die Beendigung der Feindseligkeiten fordern, sondern auch, dass die Forderung der Student:innen, die Beziehungen zu den israelischen Universitäten zu beenden, respektiert wird. Es ist bekannt, dass einige der israelischen Universitäten direkt an Angriffen auf die palästinensische Bevölkerung beteiligt sind. Die Hebräische Universität Jerusalem beispielsweise, die akademische Beziehungen zu den Universitäten Genf und Freiburg unterhält, bildet regelmässig israelische Soldat:innen aus, die an die Front geschickt werden, und hat sogar eigene Niederlassungen in den illegal be-

setzten Gebieten im Westjordanland. Es ist an der Zeit, dass die Schweizer Hochschulen aufhören, die zionistische Zerstörungsmaschinerie zu unterstützen.

Es ist heuchlerisch, dass im Falle des Krieges in der Ukraine schnell die Brücken zu den russischen Universitäten abgebrochen wurden, während sich angesichts des jahrzehntelangen Völkermordes an den Palästinenser:innen an der akademischen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Israel nichts geändert hat.

Schliesslich möchten wir die Gelegenheit nutzen, um die Entscheidung der israelischen Regierung zu verurteilen, ihren Vormarsch auf Rafah fortzusetzen, obwohl die Hamas die Bedingungen für einen Waffenstillstand akzeptiert hat, der kürzlich mit Katar, Ägypten und den Vereinigten Staaten in Kairo ausgehandelt wurde. Der Vormarsch wird eine weitere Eskalation des Abschlachtens von Zivilist:innen und des humanitären Gemetzels bedeuten.

Freiheit und Frieden für Palästina!

Schweizerische Friedensbewegung

Wir brauchen dich!

In Zeiten wie diesen ist der Einsatz für den Frieden dringender und notwendiger denn je: Ein endloser Krieg in der Ukraine, ein Völkermord in Gaza und unzählige weniger bekannte Konflikte verursachen enormes Leid und Zerstörung. Der Westen setzt auf Gewalt und Konfrontation. Die Schweizer Regierung trottet hinterher. Humanitäre Werte, eine Politik der friedensfördernden Neutralität und Diplomatie hat der Bundesrat über Bord geworfen. Die Unterstützung des UNO-Atomwaffenverbotsvertrags durch die Schweiz wurde abgelehnt, es wird offen auf eine engere Partnerschaft mit der NATO hingearbeitet, die Schweizer Armee wird aufgerüstet, während im Sozialbereich gespart wird. Diese Entwicklungen machen deutlich, dass es eine starke Kraft für den Frieden braucht in der Schweiz und weltweit. Wir müssen dringend die Schweizerische Friedensbewegung SFB stärken und weiter aufbauen. Wir müssen die Bevölkerung über die schleichende Blockbildung und Militarisierung informieren, wir müssen die Friedensfreund:innen in der Schweiz vernetzen und miteinander verbinden, um aktiv und offensiv Friedenspolitik zu machen. Du kannst ein Teil davon sein, wir brauchen dich! Werde Mitglied der Friedensbewegung, werde aktiv in der SFB-Lokalgruppe in deiner Region. Mache deine Bekannten und Freund:innen auf die Schweizerische Friedensbewegung aufmerksam, schenke ihnen ein Jahresabo dieser Zeitung. Und nicht zuletzt, unterstütze uns mit einem finanziellen Beitrag; die Friedensbewegung finanziert sich ausschliesslich über Spenden.

Jetzt spenden mit QR-Code!

Oder über folgendes Konto:
IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Friedensbewegung
Riehentorstrasse 27
Postfach
CH-4001 Basel



Der neue SIPRI-Bericht über die Aufrüstung

Die Rüstungsausgaben steigen rapide

Wie jedes Jahr im April erschien vor Kurzem der neue Bericht des Stockholmer Instituts für Internationale Friedensforschung SIPRI zur weltweiten Aufrüstung, «Trends in World Military Expenditure, 2023». Hier folgt eine Zusammenfassung und ein Kommentar.

Von Ueli Schlegel

Wie immer seit 1999 nehmen die Rüstungsausgaben weltweit zu. Treibende Kraft sind die westlichen kapitalistischen Staaten und ihre Verbündeten. Sie stellen zwar nur einen Siebtel der Weltbevölkerung, ihre immer weiter wachsenden Militärausgaben betragen jedoch zwei Drittel der weltweiten Ausgaben für das Militär. Diese erreichen nun die Summe von 2443 Milliarden US-Dollar, davon geben die USA allein 37 Prozent aus, nämlich 916 Milliarden Dollar; die Staaten Europas (Russland nicht eingerechnet) folgen mit 24 Prozent der globalen Ausgaben, das macht also zusammen schon 61 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben aus. Zu diesen westlichen Staaten stossen noch der mit ihnen verbündete, ehemals entmilitarisierte Inselstaat Japan sowie Australien, die beide ebenfalls massiv aufrüsteten, sowie andere Verbündete der USA.

Russland und China

Russland und China, die von den USA und den europäischen Transatlantikern als Hauptbedrohung dargestellt werden, haben Rüstungsausgaben von 109 Milliarden (Russland) bzw. 296 Milliarden (Volksrepublik China). China liegt damit auf dem zweiten Platz aller Länder, Russland auf dem dritten (vor Indien, Saudi-Arabien, Grossbritannien, Deutschland und der Ukraine – in dieser Reihenfolge). Beide Staaten rüsten wie die meisten Länder ebenfalls massiv auf. Chinas Einwohnerzahl beträgt 1,4 Milliarden, sie ist also mehr als viermal so gross wie jene der USA. Russlands Bevölkerung ist nicht einmal halb so gross wie jene der USA.

Zum Vergleich: Pro Kopf betragen die Rüstungsausgaben der Volksrepublik China 211 US-Dollar, jene Russlands 741 Dollar, jene der USA aber 2800 Dollar. Die NATO-Staaten und ihre Verbündeten haben ein eindrückliches Übergewicht. Die Behauptung, Russland oder China würden einen NATO-Staat oder ein neutrales Land angreifen, muss daher ins Reich der Märchen verwiesen werden, denn sie dient der Angstmache und der Rechtfertigung immer höherer Rüstungsausgaben. So ein Angriff wäre sowohl für die Volksrepublik China wie auch für die Russische Föderation selbstmörderisch. Russland ist einzig in

einen Krieg mit der antirussisch gesinnten Ukraine verwickelt (der damalige britische Premierminister Boris Johnson hat die Ukraine leider vor zwei Jahren erfolgreich davon abgebracht, die damals laufenden Friedensverhandlungen weiterzuführen); Russland (147 Millionen Einwohner) hat im Krieg mit diesem mittelgrossen Nicht-NATO-Mitglied mit etwa 30 Millionen Einwohnern im von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiet schon seine Mühe, während die Volksrepublik China gar keinen Krieg führt – im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, die an vielen Orten der Welt krieglerische Aktionen durchführen, wenn sie auch mittlerweile meistens Stellvertreter:innen in den Kampf schicken.

Deutschland und die Ukraine

Deutschland und die Ukraine sind Spezialfälle. Deutschland ist unter der Regie der ehemaligen Friedenspartei Bündnis90/Die Grünen und der wieder einmal wie 1914 vor dem Ersten Weltkrieg bellizistisch gewandelten deutschen Sozialdemokraten besonders findig beim Einbringen zusätzlicher Milliarden für den Rüstungsetat. Zwar liegt das Land, dessen Menschen nach 1945 noch die Parole «Nie wieder Krieg, nie wieder Militär» ausgegeben hatten, bei der globalen Aufrüstung offiziell mit 66,8 Milliarden US-Dollar «nur» auf dem siebten Platz, direkt nach Grossbritannien. Deutschland ist jedoch das am zweitmeisten militarisierte Land Europas – und es ist besonders schöpferisch beim Umfunktionieren von Geldmitteln, die ursprünglich für andere Zwecke als für Aufrüstung hätten eingesetzt werden sollen.

Die Ukraine ist ebenfalls ein Sonderfall. Dieses Land, das eigentlich bankrott ist, gibt gigantische 58 Prozent seines eigenen Staatshaushaltes für das Militär aus (wenn man die ausländische Militärhilfe dazurechnet, sind es sogar 91 Prozent verglichen mit dem Staatshaushalt), wobei real ein Teil bei korrupten Beamten landet. Wie diese Militärausgaben genau finanziert werden und welche riesigen Schulden nach dem Krieg wann an wen zurückbezahlt werden müssen, wissen wir noch nicht. Offenbar gehen die westlichen privaten

und staatlichen Geldgeber und Waffenlieferanten immer noch davon aus, dass ihnen ein grosser Teil ihrer Kredite nach dem Krieg zurückerstattet wird – offensichtlich auf Kosten der ohnehin schon geschundenen und ihrer gewerkschaftlichen und politischen Rechte beraubten Arbeiter und Kleinbauern der Ukraine. Das «Bauernlegen» hat in der Westukraine schon begonnen, Grosskonzerne und Investitionsfonds kaufen das berühmte, fruchtbare Schwarzerde-Ackerland der Ukraine zu Dumpingpreisen.

Die Rolle der NATO-Staaten

Die NATO, die seit ihrer Gründung 1949 schon immer kein Verteidigungsbündnis war, sondern eine Kampforganisation kapitalistischer Staaten gegen die Sowjetunion und für die Kontrolle Deutschlands, spielt eine führende Rolle in der Aufrüstung. Der Zusammenschluss der Friedenskräfte weltweit zum Weltfriedensrat und in der Schweiz zur Schweizerischen Friedensbewegung SFB im gleichen Jahr 1949 ist denn auch die Antwort auf dieses aggressive Militärbündnis, dessen erster Sekretär, der Brite Hastings Lionel Ismay (Baron Ismay) am Plan «Operation Unthinkable» (undenkbare Operation) beteiligt war, dem grossen Angriffsplan der NATO gegen die Sowjetunion. Die SFB war immer der Ansicht, dass überall auf

der Welt statt einseitigen Militärbündnissen Systeme kollektiver Sicherheit unter Einbezug aller Länder errichtet werden sollten. Ein hoffnungsvoller Ansatz für ein solches Abkommen war die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vor 50 Jahren. Leider setzten sich später die «Transatlantiker» und die NATO-Militärköpfe wieder durch – mit dem Resultat, dass sich die NATO immer weiter gegen Osten erweiterte und laufend neue Militärbasen und -stützpunkte an der westlichen und südlichen Grenze Russlands errichtet wurden. Das Kriegsbündnis NATO bestreitet 55 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben, obwohl es nur 32 der 193 Mitgliedstaaten der UNO umfasst.

Haupttreiber der weltweiten Aufrüstung

Die Vereinigten Staaten verstehen sich immer noch als Weltpolizist, obwohl sie aus vielfältigen ökonomischen, militärischen, innen- und aussenpolitischen und ethischen Gründen mit immer mehr Widerstand konfrontiert sind. Nach wie vor sind sie an vielen Kriegen aktiv beteiligt – nach Misserfolgen und nach dem Tod eigener Soldaten allerdings je länger je mehr nur noch indirekt – mit Militärberatern, Ausbildern im In- und Ausland, elektronischer Aufklärung, elektronischer Kriegsführung und Waffenlieferungen, aber auch mit unzähligen Denkfabriken, lokalen Universitäten und propagandistischen Nichtregierungsorganisationen in fast allen Staaten der Welt. Kein anderer Staat der Welt setzt ausser militärischen Mitteln so viel «Softpower» (weiche Macht) ein,

mit dem Ziel, die Meinung der Menschen zu seinen Gunsten zu beeinflussen und bei Bedarf mitzuhelfen, Staatsstreiche zu organisieren.

Die USA, die nur zwei Landgrenzen haben, zu Kanada und zu Mexiko, unterhalten auf der ganzen Welt etwa 1000 Militärstützpunkte und -basen. Zum Vergleich: Russland hat 18 Militärstützpunkte und -basen, alle ausser zwei in Syrien liegen in ehemaligen Sowjetrepubliken nahe der russischen Grenze; China hat eine Militärbasis in Dschibuti, Ostafrika. Die 1000 Stützpunkte und Basen kosten die USA sehr viel Geld. Der lokalen Bevölkerung bringen sie einerseits Einnahmen, andererseits aber Abhängigkeit, Umweltzerstörung und -verschmutzung, Drogenhandel, Prostitution, Bordelle und Alkoholismus.

Sicherheit für Alle statt Aufrüstung!

Die Schweizerische Friedensbewegung betont es seit ihren Anfängen nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder: Nur Verhandlungen und Sicherheitssysteme, die alle Akteure miteinbeziehen, können die Aufrüstungsspirale stoppen. Abrüstung und Frieden sind im Interesse aller Menschen, aller Völker der Welt. Abrüstung eliminiert nicht nur die unmittelbare militärische Bedrohung – beispielsweise durch Atomwaffen – sie setzt auch Geld für wichtige und sinnvolle Zwecke frei, für Sozialversicherungen, Bildung, Wissenschaft, das Gesundheitswesen, zivile Infrastruktur und den Kampf gegen die Klimaerwärmung – also für Aufbau statt Zerstörung, für die Zukunft und die zukünftigen Generationen.

Mit der NATO in den ...

Fortsetzung von Seite 1

für die Ablehnung war – die Beziehung zur NATO. Die Unterzeichnung des Vertrags würde «die Position der Schweiz in Sicherheitspartnerschaften komplizieren – insbesondere gegen die NATO», heisst es in der Erklärung des Bundesrats. Tatsächlich könnte die Schweiz nicht mehr der NATO beitreten, wenn der Vertrag unterschrieben wird, weil das Kriegsbündnis strategisch auf nukleare Abschreckung setzt. Der Bundesrat begrüsst in seiner Erklärung sogar die nukleare Abschreckungsdoktrin der NATO, das sei «funktionierende» Abschreckung.

Wer ist schuld?

Die Pläne zur schrittweisen Integration in die NATO werden vom Bundesrat immer wieder mit dem Hinweis verteidigt, dass Russland die «regelbasierten internationale Ordnung» zerstört habe. Der «völkerrechtswidrige Angriff Russlands» hätte nachhaltige Folgen für die «Sicherheit in Europa und darüber hinaus» gehabt. Deshalb wolle der Bundesrat die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Schweiz konsequenter auf die «internationale Zusammenarbeit» ausrichten. Der harmlos klingende Begriff «internationale Zusammenarbeit» wird später im Bericht konkretisiert, gemeint ist die «vertiefte, institutionalisierte Kooperation im Verteidigungsbereich», und zwar spezifisch «mit der NATO». Der Bundesrat verschliesst bewusst die Augen vor der Tatsache, dass die NATO ein Kriegsbündnis ist, das in der Vergangenheit selbst völkerrechtswidrige Kriege gegen verschiedene Länder vom Zaun gebrochen hat und massgeblich an der Eskalation des Ukraine-Konflikts beteiligt gewesen ist. Insbesondere der NATO-Krieg in Jugoslawien hat schon vor Jahrzehnten die Chance auf «Sicherheit in Europa und darüber hinaus» nachhaltig getrübt; die systematische Einkreisung Russlands durch die NATO-Osterweiterung in den folgenden Jahren trug ihr weiteres dazu bei.

Pure Heuchelei

Es könnten weitere Schläge und Machenschaften des Bundesrats gegen die Neutralität und die aussenpolitische Ausrichtung des Landes diskutiert werden, es gibt unzählige Schritte und Schrittden, welche man Richtung NATO getätigt hat. Der Beitritt zum Sky-Shield-Projekt, der mittlerweile beschlossene Sache ist, hat die Schweizerische Friedensbewegung SFB bereits im Juli 2023 heftig kritisiert und abgelehnt. Bei Sky Shield handelt es sich um ein NATO-Projekt im Bereich der Flugabwehr, welches in Europa aufgebaut wird und explizit gegen Russland ausgerichtet ist.

Die Ukraine-Konferenz auf dem Bürgenstock, manipulativ als Friedenskonferenz verkauft, dürfte mehr oder weniger ergebnislos verlaufen und sich als Blamage für die Schweizer Regierung erweisen: wichtige Länder des Südens, insbesondere mehrere BRICS+-Staaten haben die Einladung nicht angenommen, die relevante Kriegspartei Russland wurde überhaupt nicht eingeladen. Ein Zeugnis für den Tiefpunkt der Schweizer Diplomatie.

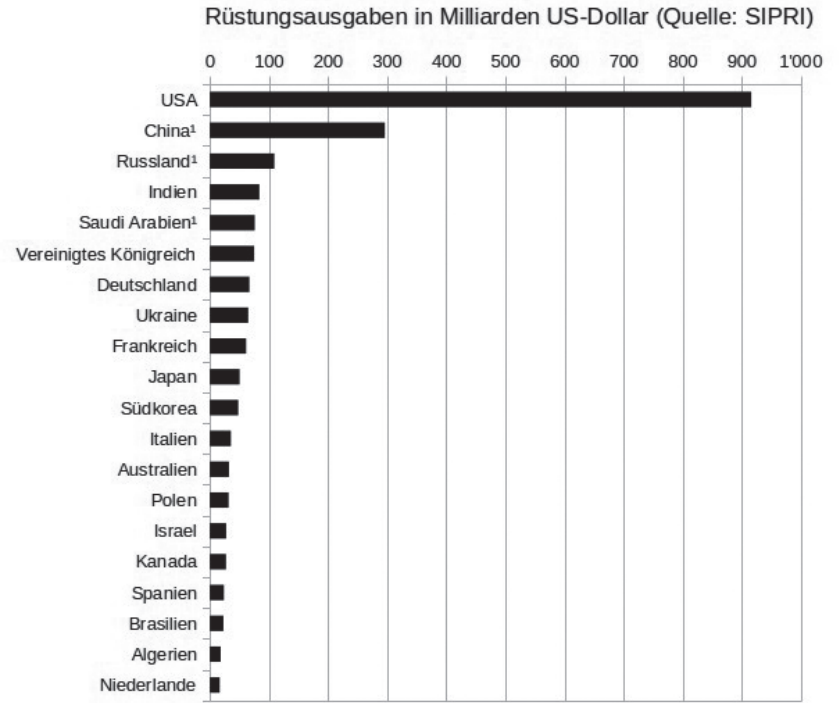
Der Umgang mit dem völkerrechtswidrigen Krieg Israels gegen Gaza (als Besatzungsmacht hat Israel ganz klare völkerrechtliche Verpflichtungen) zeigt schliesslich die Heuchelei der Schweizer Regierung ganz offen auf. Tatenlos, fast gleichgültig schaut die schweizerische Regierung einem Völkermord zu, sperrt Hilfsgelder für die Opfer, für Hungerleidende, zeigt sich stattdessen solidarisch mit dem Unterdrückerstaat. Sanktionen gegen Israel? Undenkbar!

Ein Weltkrieg droht

Das Verhalten des Bundesrats zeigt deutlich: Diese Regierung ist nicht am Frieden interessiert. Sie will in die NATO, oder was politisch durchsetzungsfähiger ist, sie stellt sich plakativ an die Seite der NATO. Der Bundesrat will, dass sich die Schweiz gehorsam in den westlichen Machtblock einreicht und, falls nötig, mit ihm in den nächsten Weltkrieg hinein mar-



schiert. Deeskalierende Massnahmen, diplomatische Lösungen, Gespräche auf Augenhöhe hat diese Regierung offenbar aufgegeben; der Gegner ist ja sowieso «verrückt», «böse», «nicht gesprächsbereit». Die heutige Generation der herrschenden Klasse im Westen hat offensichtlich alle Lektionen aus den zwei Weltkriegen, aus den multilateralen Friedensbemühungen der Nachkriegszeit vergessen. Der nächste Weltenbrand, der grosse Kladderadatsch zeichnet sich am Horizont ab, und die imperialistischen Grossmächte, allen voran die USA, Grossbritannien und Deutschland, schreiten zielstrebig darauf zu. Der Westen wird kriegstüchtig gemacht und auf eine Einheitsfront zurechtgebogen. Und die herrschende Klasse der Schweiz hilft mit. Alle Bundesratsparteien, von rechts bis links, sind für die aktuelle Politik der Regierung mit verantwortlich. Das muss gesagt werden. Es braucht einen Wechsel in der Politik, jetzt. Die Zeit läuft uns davon. Dem verantwortungslosen Handeln des Bundesrats muss Einhalt geboten werden. Es braucht Widerspruch aus der Bevölkerung, es braucht ein lautes Nein zur Kriegsvorbereitung, es braucht ein breites Bündnis für den Frieden, mit oppositionellen Kräften, mit Solidaritätsgruppen, mit den sozialen Bewegungen. Die Schweizerische Friedensbewegung könnte hier ein Startpunkt sein.





Postkarte aus dem Ersten Weltkrieg: die neutrale, bewaffnete Schweiz von Krieg und Tod umgeben. Quelle: zVg.

Debatte: Ja zur Neutralitätsinitiative?

«Es gibt gute linke Argumente für die Neutralität»

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB unterstützt aktiv den linken Aufruf für die Neutralitätsinitiative. Deshalb haben wir Professor Pascal Lottaz, derzeit Assistenzprofessor am Waseda Institute for Advanced Studies (WIAS) in Tokio und Initiant des linken Aufrufs, zu diesem Thema befragt.

Von Stefano Araújo

Woher kommt der Aufruf der Linken und Grünen zur Neutralitätsinitiative?

Prof. Pascal Lottaz: Der Aufruf war eine Idee von Herrn (Emr. Prof.) Wolf Linder, Frau Verena Tobler und mir zur Unterstützung der Neutralitätsinitiative. Wir hatten schlicht die Nase voll von diesem Narrativ, dass die Initiative «rechts» und eine «Blocher-Initiative» sei. Wir fanden diesen Spin unserer Medien falsch, denn einerseits waren durchaus auch linke Köpfe im Initiativkomitee, zum Beispiel Herr Dr. René Roca [Roca ist promovierter Historiker und Gründer des Forschungsinstituts direkte Demokratie, Anm. d. Red.], und andererseits gibt es durchaus gute linke Argumente, die für die Initiative sprechen.

Darum haben wir diese Gedanken niedergeschrieben und um Unterstützung aus dem linken Lager gesucht. Schlussendlich spielt es zwar keine Rolle, ob diese Initiative «links» oder «rechts» ist – es geht schlicht um eine gesunde Aussenpolitik – aber für die Unterschriftensammlung und die Abstimmung ist die Wahrnehmung der politischen Herkunft des Anliegens nicht unwichtig. Wir wollten unseren Beitrag dazu leisten, in der nationalen Debatte die Initiative richtig einzuordnen. Es gibt sowohl rechte wie auch linke Argumente, die Initiative zu unterstützen, und wir wollen die Debatte eben nicht nur den Rechten überlassen, sondern konstruktiv von links für das Gelingen der Initiative beitragen.

Wie definieren Sie die Schweizer Neutralität und warum ist es wichtig, sie auch aus linker Sicht zu verteidigen?

Die Schweizer Neutralität kann ich nicht definieren, dieses Privileg obliegt unserer Regierung und die hat über die letzten 200 Jahre hinweg die Schweizer Neutralität immer wieder anders definiert und interpretiert. In ganz groben Zügen: Die Definition zur Zeit des Wiener Kongresses war die einer permanenten und bewaffneten Neutralität im

Dienste Europas, um den Alpenraum weder den Franzosen noch den Österreichern als Einfallstor gegenüber der anderen Macht zur Verfügung zu stellen. Zur Zeit der Weltkriege ging es dem Bundesrat vor allem darum, über unsere Neutralität die innere und äussere Kohäsion der Schweiz zu wahren, und im Kalten Krieg war mehr oder weniger die sogenannten Bindschedler-Doktrin die inoffizielle Definition der Schweizer Neutralität, welche besagte, dass die Schweiz keinen politischen Gruppierungen beitrifft, die nicht universellen Charakter haben und uns im Falle eines Krieges auf die eine oder andere Seite zum Mitmachen verpflichten könnten (offiziell oder über Sachzwänge). 1993 dann hat der Bundesrat ein neues Papier zur Neutralität entwickelt, das bis heute Gültigkeit hat und unsere Neutralität mit den Erfordernissen der UNO-Realitäten sowie der Welt nach dem Kalten Krieg kompatibel machte, ohne die Kernprämissen der Unparteilichkeit und der militärischen Abstinenz über Bord zu werfen.

Dieser harte Kern aber wurde in den letzten Jahren durch neue Ansätze der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik aufgeweicht, die alle mehr Kooperation mit der NATO und der EU vorsehen, und zwar so weit, dass ich persönlich die neue Schweizer Aussenpolitik nicht mehr für neutralitätskompatibel halte. Deshalb empfinde ich die Neutralitätsinitiative für wichtig, damit wir eine harte Definition der Neutralität zum ersten Mal in unserer Verfassung verankern und so dem Bundesrat vorgeben, welche Vision der Neutralität er umzusetzen hat – obwohl die Neutralität selbst kein Zweck in sich ist, sondern Mittel zum Zweck. Sie ist aber ein gutes Werkzeug, das wir meiner Meinung nach nicht aufgeben sollten, sondern weiterhin den Zeiten anpassend verwenden sollten. Daher gehört es auch in die Verfassung und darin definiert, damit klar ist, dass wir dieses Werkzeug genug schätzen, um es in diesem Grundpapier unseres Staates in seinen Grundzügen zu umreissen. Die Detailausarbeitung würde dann immer

noch beim Bundesrat und der Bundesversammlung liegen.

Aus linker Perspektive finde ich es wichtig, dass wir den ursprünglichen Gedanken der Neutralität hervorheben, dass diese Aussenpolitik eben nicht egoistisch oder isolationistisch ist, sondern im Dienste Europas (und der ganzen Welt) fungieren soll. Die Neutralität ist nicht gegen diesen oder jenen Staat zu verstehen, sondern für alle und jeden, der mit uns arbeiten will. Wir engagieren uns für das Gemeinwohl der ganzen Staatengesellschaft und lassen uns nicht von der einen oder anderen Interessengruppierung in deren Konflikte oder gar deren Kriegslogik einspannen. Die Neutralität ist an sich zwar nicht ein pazifistisches Prinzip (wir würden ja über die Initiative auch die *bewaffnete* Neutralität festschreiben), aber sie beinhaltet pazifistische Elemente, nämlich die Zurückweisung der kollektiven Selbstverteidigung, und das ist ein sehr linkes Ansinnen, dass wir Kriege eben nicht befeuern, dass wir sie sie über den Entzug von Kooperation zur Führung von Krieg (Export von Waffen, Senden von Truppen etc.) nicht noch schlimmer machen, als sie sowieso schon sind.

Den Vorwurf, dass die Neutralität ja nur dem Geschäftemachen dient und daher von Linken zu verwerfen sei, dem stimme ich nicht zu. Denn ja, die Neutralität erlaubt das Geschäftemachen, aber das ist erstens die Kehrseite des Prinzips, dass wir Freunde mit allen sind und unsere Dienste auch allen anbieten, die danach fragen. Und zweitens müssten wir generell aufhören, mit anderen Staaten Geschäfte zu betreiben, wenn wir unsere Wirtschaftspolitik nur noch nach moralischen Grundsätzen ausrichten würden.

Sind Sie bei der Sammlung von Unterschriften für diesen Aufruf auf irgendwelche Hindernisse oder Ablehnungen gestossen?

Da ich in Japan lebe und arbeite, bin ich selbst nur an einem einzigen Tag in den Ferien in der Schweiz dazu gekommen, tatsächlich auf der Strasse Unterschriften sammeln zu gehen. Da war ich einen guten Morgen lang in Bern. Dabei sind sehr gute Gespräche zu Stande gekommen. Natürlich gab es auch Ablehnung, speziell von Leuten, die argumentieren, dass wir als Staat eine moralische Pflicht haben, «die Bösen» zu sanktionieren, und

wir daher den alten Hut der Neutralität, wenn überhaupt, dann nur in ganz restriktiven Zügen weiterverfolgen sollten. Aber das ist ja das gute Recht unserer MitbürgerInnen, so zu denken und zu argumentieren und um diese Diskussion auf nationaler Ebene zu führen, wollen wir ja auch die Initiative haben. Daher war das alles okay für mich, man muss auch in dieser Diskussion nicht einer Meinung sein. Es gab Ablehnung, aber keine Gehässigkeiten.

Was halten Sie von dem ständigen Druck auf die Schweiz, weiter mit der NATO zusammenzuarbeiten und eine Konfliktpartei zu unterstützen, wie im Fall der Ukraine?

Das halte ich für problematisch. Es ist zwar absolut normal, dass in Kriegzeiten *beide* Kriegsparteien Druck auf Neutrale ausüben, sich mehr bei ihnen und weniger für die andere Seite einzusetzen. Und dann ist es eben gerade die Aufgabe einer gekonnten Neutralitätspolitik, diesen Forderungen nur dort nachzugeben, wo unbedingt nötig, und auf der anderen Seite wieder irgendwie zu kompensieren. Im Moment tut der Bundesrat meiner Meinung nach aber viel zu viel, um sich in das «westliche Wertebündnis» zu integrieren und ganz speziell die Kooperation mit der NATO auf ein neues Level zu hieven, das ich nicht für gut halte. Die neue Aussenpolitik der Schweiz scheint zu sein, einen NATO-Beitritt zwar nicht anzustreben, aber ihn vorzubereiten. Dazu muss man sich nur die neusten Papiere des Bundesrats durchlesen. Die reden sogar davon, dass die Schweiz sich von der NATO «zertifizieren» lassen sollte, um sicher zu sein, dass wir «day zero connectivity» haben, also vom ersten Tag an kompatibel sind, sobald der Beitritt dann kommt. Es ist schon fast gruselig, dass so was in einem bundesrätlichen Bericht drinsteht, während gleichzeitig gesagt wird, wir würden die Neutralität natürlich beibehalten. Wenn man einen NATO-Beitritt nicht will, dann sollte man ihn auch nicht vorbereiten. Wir bereiten ja auch nicht Kooperation mit den GUS-Staaten vor oder Kooperation mit der chinesischen Armee, weil wir nicht vorhaben, bei denen jemals in einem Club mitzumachen.



Prof. Pascal Lottaz. Quelle: zVg.

Und was ist mit denjenigen Linken, die unsere Neutralität aufheben wollen, indem sie Waffen an Konfliktparteien schicken oder Sanktionen Dritter befolgen?

Na ja, diese Leute gibt es, mehr als genug. Mit denen bin ich schlicht nicht einverstanden und werde mich auch gerne mit ihnen inhaltlich austauschen. Es gibt sehr gute und sehr respektable linke Denker, die mit meinen Ansichten ganz und gar nicht einverstanden sind, und diese Debatte bin ich überzeugt, brauchen wir. Etwas, was mir auffällt, ist, dass Leute aus dem linken Lager, die die Neutralität am liebsten aufgeben würden, respektive sie für verwerflich halten, dies oft aus einer sehr moralischen Perspektive heraus tun und auch moralisch argumentieren. Ich gehöre zu

den Leuten, die dafür plädieren, dass wir aus realpolitischer Perspektive heraus denken und agieren und uns vor allem nicht Sand in die Augen streuen lassen sollten, was die «Gerechtigkeit» von Kriegen und internationalen Konflikten angeht. Es gibt keine gerechten Kriege, jeder Krieg ist schlecht, und wir sollten diese weder befeuern noch durch die Verhängung von Sanktionen eine Seite der anderen vorziehen.

Wie beurteilen Sie als Beobachter und Experte für internationale Politik die aktuelle geopolitische Lage in der Welt? Welches sind die grössten Risiken für die Menschheit?

Ich müsste jetzt sehr viel schreiben, um dieser Frage gerecht zu werden, aber lassen Sie mich das kurz halten: die aktuelle Sicherheitslage ist so gefährlich, wie seit der Kubakrise nicht mehr. Der Krieg in der Ukraine ist so schlimm und so gefährlich, dass er noch immer zu einem Flächenbrand für ganz Europa werden könnte. Wenn wir Europäer nicht endlich diesen Grossmachtkonflikt deeskalieren und eine Einigung mit Russland finden über die gemeinsame eurasische Sicherheitsstruktur, dann laufen wir Gefahr, in einen fünften generellen europäischen Krieg in 400 Jahren hineinzulaufen, der wieder Millionen, wenn nicht Dutzenden von Millionen Menschen das Leben kosten wird. Und obwohl Russland seinen Teil zu diesem Debakel geleistet hat (speziell mit dem illegalen Einmarsch in der Ukraine), muss ich doch sagen, dass ich die Hauptverantwortung, für die sich seit 15 Jahren drehende Konfliktschleife beim Westen und vor allem auch der NATO sehe. Die Neutralität der Ukraine, über die diese ganze Tragödie hätte verhindert werden können, wurde schlussendlich nicht von Russland blockiert – Russland hat diese Lösung aktiv gesucht – sondern von den Europäern und Amerikanern, zuletzt im April 2022, als sie fast den Krieg beendet hätte, was wir jetzt sogar von amerikanischer Seite her wissen. Das Problem von uns Europäern (und ich meine damit jetzt auch die Russen) ist immer dasselbe. Alle wollen Frieden, aber nur *ihren* Frieden, so wie sie ihn sich vorstellen, und dafür sind sie bereit in den Krieg zu ziehen. Oder wie Herr Stoltenberg so schrecklich sagte: «Waffen sind in der Tat der Weg zum Frieden.» Toll. Bei solchen absoluten Dummheiten sollten wir Schweizer einfach nicht mitmachen.

Was möchten Sie abschliessend noch sagen, um die progressiven Schweizerinnen und Schweizer zu überzeugen, Ihren Aufruf zu unterzeichnen?

Bitte lesen Sie den Aufruf einmal im Original durch und bilden Sie sich eine Meinung, ob sie diese Argumente nachvollziehen und bejahen können. Wenn ja, bitte unterschreiben Sie online. Wenn nein, schreiben Sie mir bitte eine Mail, warum nicht, ich werde diese gerne auf meiner Homepage veröffentlichen mit «Pro und Kontra» Meinungen zur Neutralitätsinitiative. Wir sollten diese Diskussion wirklich anständig auf nationaler Ebene führen. Sie wird unser aller Zukunft in der Schweiz auf Jahrzehnte hinaus bestimmen. Ich möchte schlicht den Kurs, den die Schweiz in ihren Vorbereitungen für einen NATO-Beitritt eingeschlagen hat, ändern. Ich möchte nicht, dass ich jemals von meinen Freunden hören muss, dass ihre Kinder jetzt in einem NATO-Bataillon irgendwo im Ausland kämpfen. Das wäre für mich ein schrecklicher Tag.

Mehr Infos und Möglichkeit zur Mitunterzeichnung:
www.neutralitystudies.com/ja-zur-neutralitaet

Wahlen in der Türkei

«Wir gingen aus Solidarität»

Eine Delegation aus der Schweiz unterstützte die linke DEM-Partei im Osten der Türkei bei der Beobachtung der Wahlen. Die Friedensaktivistin Bea Camara war dabei und half mit, Fälle von Wahlmanipulation zu dokumentieren. Im Gespräch mit «Unsere Welt» erzählt sie von ihren Erlebnissen und Eindrücken.

Von Tarek Idri

Du warst über die Ostern in der Türkei, nicht um Ferien zu machen, sondern um den politischen Prozess während den türkischen Kommunalwahlen zu beobachten. Wo genau warst du? Mit welcher Gruppe warst du dort?

Bea Camara: Die Organisation Brückenschlag Zürich-Amêd/Diyarbakir hatte dazu aufgerufen. Wir waren 16 Personen aus Zürich, die nach Amêd gereist sind. um am Wahlsonntag mit den Mitgliedern der linken, demokratischen Partei DEM, die frühere HDP, die Wahllokale in sieben Dörfern in der Nähe von Amêd zu beobachten. Amêd ist der kurdische Name für Diyarbakir, die Hauptstadt des kurdischen Teils der Türkei. Diyarbakir wählt mehrheitlich pro-kurdisch. Unsere Anwesenheit diene insbesondere dazu, die DEM bei der Kontrolle und Beobachtung des Wahlhergangs zu unterstützen. Wir sind aus Solidarität dorthin gegangen.

Der Brückenschlag Zürich-Amêd/Diyarbakir ist vor ein paar Jahren entstanden, um die Stadt Diyarbakir zu unterstützen, beispielsweise mit dem Aufbau eines Trams. Man wollte in-

formelle materielle Unterstützung leisten. Als dann aber die AKP-Partei von Erdogan die Stadt übernommen hat und die demokratisch gewählten Co-Bürgermeister:innen abgesetzt wurden, befürchtete man, dass das Geld nun an die AKP geht, darum hat man das Projekt abgebremst. Jetzt nachdem die DEM-Partei wieder an der Macht ist, soll wieder eine Delegation aus Diyarbakir nach Zürich kommen und mit verschiedenen Parlamentariern diskutieren, wie unsere Stadt den Bewohnern von Diyarbakir helfen kann, vor allem im Transportbereich.

Wie sind die Wahlen abgelaufen? Was konntest du beobachten?

Wir sind von der DEM-Partei eingeladen worden, welche uns den Auftrag gegeben hat. Die DEM hat uns erklärt, dass eine unabhängige Wahlbeobachtung in den kurdischen Gebieten wichtig sei. Die offiziellen Wahlbeobachter des Europarates beschränken ihre Beobachtungstätigkeit auf die türkischen Grossstädte wie Ankara oder Istanbul und Umgebung. Selten kommen sie in die kurdischen Gebiete, in denen die DEM und ihre Vor-

gängerin, die HDP, starker Repression ausgesetzt waren und sind. Die DEM hat uns den Auftrag gegeben, genau zu beobachten, wie viele Polizisten und wie viele Militärangehörige sich im und rund um das Wahllokal befinden. Sie dürften eigentlich nicht bewaffnet in die Wahllokale hinein, aber oftmals machen sie es trotzdem. Solche Fälle sollten wir dokumentieren.

Habt ihr beobachten können, dass Soldaten und Polizisten präsent waren?

Es gab keine bewaffnete Soldaten, welche die Leute eingeschüchtert haben. Aber es sind Soldaten in Bussen eingefahren worden, die reingekommen sind und abgestimmt haben und wieder wegfahren. In der Türkei ist es möglich, Soldaten, die weit weg von ihrem Wohnort stationiert sind, in anderen Provinzen zur Wahl zu registrieren. Gerade in jenen kurdischen Provinzen und Regionen, in denen die DEM nur knappe Mehrheiten hat, wurden Hunderte bis Tausende ortsfremde Soldaten neu registriert. Einfach um das Resultat zugunsten von der Partei von Erdogan zu beeinflussen; es handelte sich also um Wahlmanipulation durch Stimmtransfer.

Der Wahltag selber war ziemlich angespannt. Es war geplant, dass wir an diesem Tag sieben Dörfer besuchen würden. Wir kamen im ersten Dorf an, die Stimmung war aufgeheizt. Wir wollten ins Wahllokal, wir wurden nicht hereingelassen, weil wir nicht offizielle, von der AKP legitimierte Wahlbeobachter:innen waren. Unser Begleiter von der DEM kam nicht bis zum Wahllokal mit, er hatte Angst. Wir hörten dann später am Abend, nachdem wir gegangen sind,



Türkische Spezialeinheiten auf dem Gelände des Wahllokals in der Region Diyarbakir. Quelle: zVg.

dass der Sekretär der DEM beim Abstimmen verhaftet wurde. Nachdem wir in dieser ersten Ortschaft nicht ins Wahllokal gelassen wurden, haben wir von der DEM-Zentrale den Auftrag bekommen, nicht in die anderen geplanten Dörfer zu gehen. Es sei zu gefährlich, wir sollten zurück. Wir wurden später doch noch in eine andere Ortschaft geschickt. Dort konnten wir ins Wahllokal rein, wurden aber nachher auf dem Pausenplatz von der Polizei aufgehalten, unsere Ausweise wurden fotografiert und wir mussten das Areal verlassen.

Etwas, das ich selber nicht beobachtet habe, das uns aber andere Wahlbeobachter erzählt haben, ist, dass versucht wurde, volle Wahlurnen mit Wahlzettel hineinzuschmuggeln und auszutauschen. Die wurden aber zum Glück erwischt. In der Millionenstadt Van im Osten wurde ein Kandidat der DEM-Partei zum Bürgermeister gewählt, aber ihm wurde am gleichen Abend die Wahl aberkannt. In der Folge gab es grosse Proteste auf den Strassen, in verschiedenen Orten, bis der Gewählte wieder eingesetzt wurde.



Kundgebung der Seminarteilnehmer:innen, u.a. mit einer Palästinaflagge. Quelle: zVg.

Internationales Seminar für Frieden

Für die Souveränität der Völker

Anfang Mai fand auf Kuba das internationale Friedensseminar statt, das auf die illegale Besetzung von Guantánamo Bay durch die USA aufmerksam machte und weltweit die Schliessung von ausländischen Militärbasen fordert. Die Seminarteilnehmer rufen alle friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte dazu auf, die Aktionen und Initiativen gegen den Imperialismus und seine kriegstreiberische und interventionistische Politik zu verstärken.

Von Samuel Wanitsch

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB unterstützt das Internationale Seminar für Frieden und für die Abschaffung ausländischer Militärstützpunkte, das alle zwei Jahre stattfindet, seit Jahr und Tag, ideell, materiell und wenn möglich mit physischer Präsenz. Letzteres war diesmal nicht möglich, als sich am 4. und 5. Mai 2024 80 Delegierte aus 30

Ländern und von allen Kontinenten, auf Einladung des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft ICAP und des Weltfriedensrats WPC unter dem Motto «Eine Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit ist notwendig» in Guantánamo trafen.

Das diesjährige Seminar fand in einem immer komplexeren Kontext statt, der durch die zunehmende Aggres-

sivität des Kapitalismus auf globaler Ebene und alle Arten der Einmischung des US-Imperialismus, der EU und der NATO sowie in ihren Bemühungen gekennzeichnet ist, ihr ungezügelt Diktat durch einen Kommunikationskrieg durchzusetzen, der bewaffnete Konflikte unterschiedlicher Intensität in verschiedenen Teilen der Welt auslöst und gleichzeitig Kontroversen und Spannungen verstärkt.

Gegen den Imperialismus

Grundsätzlich haben Militärstützpunkte ökologische, wirtschaftliche und psychologische Auswirkungen auf die Bewohner der Gebiete, in denen sie sich befinden. Diese für imperiale Zwecke erstellten ausländischen Militärstützpunkte bilden einen ständigen Brennpunkt für gewalttätige Aktionen, welche die Souveränität der Völker und auch die Menschenrechte verletzen. Dass auch die Einrichtung der US-Basis in Guantánamo gegen internationale Verträge verstösst, ist längst bekannt. Die Besetzung der Guantánamo Bay verschafft den USA eine militärische Vormachtstellung in der Karibik und in Südamerika und stellt somit eine Bedrohung für die Unabhängigkeit und Souveränität der Völker in der ganzen Region dar. Die Teilnehmenden betonten deshalb auch die Bedeutung der Proklamation Lateinamerikas und der Karibik zur Friedenszone. Sie rufen alle friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte dazu auf, die Aktionen und Initiativen gegen den Imperialismus und seine kriegstreiberische und interventionistische Politik zu verstärken, die das Schicksal und die Zukunft der gesamten Menschheit ernsthaft gefährdet.

So war denn auch der Auftritt von palästinensischen Studenten ein besonders bewegender Moment. «Wenn Palästina stirbt, so stirbt die Menschlichkeit», sagte einer aus ihrer Runde. Der von Israel in Gaza verübte Völkermord hat die Schwachstellen des Völkerrechts, der Vereinten Nationen und der internationalen Gremien ganz klar offengelegt.

Die in Guantánamo versammelten Friedensfreundinnen und -freunde verpflichteten sich im Weiteren dazu, die aggressive und einmischende Politik der US-Regierung und ihrer NATO-Verbündeten zu verurteilen, die mithilfe des ausgedehnten Netzes bestehender Militärbasen das Ziel der Weltherrschaft verfolgen, die Rückgabe des illegal besetzten Territoriums in Guantánamo Bay sowie die Beseitigung des bestehenden Gefängnisses zu fordern, Kuba in seinem legitimen Kampf gegen die US-Blockade zu unterstützen sowie die Forderung nach der Schliessung ausländischer Militärbasen samt Abzug der Besatzungstruppen zu untermauern, da sie das Instrument der Hegemonialpolitik des Imperialismus und des internationalen Finanzkapitals darstellen.

«Wir, die pazifistischen, fortschrittlichen, antiimperialistischen Organisationen, bekräftigen unsere Verurteilung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Nationen, der imperialen Neuordnung des Planeten nach den Plänen der USA und der NATO, die die menschliche Spezies gefährdet und uns vor die Tore einer neuen Weltkonfrontation stellt.» Das ist eine zentrale Forderung aus der Schlussdeklaration, die wir auch von hier aus voll unterschreiben können, passend zu den hiesigen Diskussionen zum Thema Neutralität. Diese Schlussdeklaration wurde traditionellerweise im Grenzort Caimanera, das der Basis Guantánamo Bay am nächsten liegt, von jungen Leuten verlesen und mit einem für Kuba typischen bunten Kulturprogramm besiegelt.

Korrigendum

(T.I.) Im Artikel «Hunger als Kriegswaffe» auf Seite 1 der UW-Ausgabe 01/24 hat sich eine Falschaussage eingeschlichen. Dort hiess es: «Innerhalb von drei Wochen wurden [im Gazastreifen] mehr Bomben abgeworfen als im gesamten Vietnamkrieg.» Diese Aussage wurde ungeprüft von einer anderen Zeitschrift übernommen. Ein Leser hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass die Aussage falsch ist. Und tatsächlich: In den ersten drei Monaten im Gazastreifen wurden von Israel laut Schätzungen über 65 000 Tonnen Sprengstoff abgeworfen. Im Vietnamkrieg wurden von den USA 7,5 Millionen Tonnen Sprengstoff abgeworfen, also mehr als das Hundertfache.

Allerdings erlauben wir uns, folgende geprüfte Vergleiche zu ziehen, um das Ausmass der Zerstörung in Gaza zu verdeutlichen: Die Sprengkraft der Bomben, die auf Gaza abgeworfen wurden, entsprechen der Sprengkraft von etwa fünf Atombomben. Innerhalb von 26 Tagen wurden in Gaza 25 000 Tonnen Sprengstoff eingesetzt, was den schweren Weihnachtsbombardements 1972 im Vietnamkrieg nahekommt, bei denen innerhalb von zwei Wochen 20 000 Tonnen an Bomben auf Hanoi und Haiphong abgeworfen wurden. Laut Marc Garlasco, einem ehemaligen UNO-Ermittler für Kriegsverbrechen, war die Dichte der Bombardements im ersten Monat des Gazakrieges höher als in den beiden Irakkriegen. Der UNO-Funktionär Andrew Gilmour sagte, dass die Tötungsrate Israels in Gaza die höchste aller Militäroperationen weltweit sei seit dem Völkermord in Ruanda von 1994. Wie man die Zahlen auch interpretiern will, fest steht, dass Israel in Gaza ein kolossales Verbrechen begeht.



Sofia Orr (Mitte) in Begleitung ihrer Freund:innen auf dem Weg ins Gefängnis. Quelle: zVg.

Israelische Kriegsdienstverweigererin

«Ich kann nicht tatenlos zusehen»

Nach dem 7. Oktober haben viele Israelis die Hoffnung nach einer politischen Lösung aufgegeben. Es gibt in breiten Kreisen ein noch nie dagewesenes Verlangen nach Rache. Nur Wenige haben den Mut, sich dem gesellschaftlichen Druck entgegenzustellen. Eine davon ist Sofia Orr, die sich aus politischer Überzeugung weigert, den Militärdienst in der israelischen Armee zu leisten.

Von Oren Ziv

Am Sonntagmorgen erschien die 18-jährige Sofia Orr im Rekrutierungszentrum der israelischen Armee in der Nähe von Tel Aviv und erklärte, dass sie sich aus Protest gegen den Krieg Israels gegen den Gazastreifen und die langjährige Besatzung weigere, sich zum Wehrdienst zu melden. Als zweiter israelischer Teenager, der seit dem 7. Oktober öffentlich die Einberufung aus politischen Gründen verweigert hat – nach Tal Mitnick im Dezember – wurde Orr zu einer ersten 20-tägigen Haftstrafe im Militärgefängnis Neve Tzedek verurteilt, die wahrscheinlich verlängert werden wird, wenn sie sich weiterhin weigert, in die Armee einzutreten.

«Ich habe natürlich Angst, aber ich denke, dass es in diesen Zeiten am wichtigsten ist, die Stimme des Widerstands zu erheben», sagt sie im Gespräch mit dem israelisch-palästinensischen Online-Magazin +972. «Ich weigere mich, weil es im Krieg keine Gewinner gibt. Wir sehen das heute mehr denn je. Alle Menschen, vom Jordan bis zum Mittelmeer, leiden unter diesem Krieg, und nur Frieden, eine politische Lösung und die Präsentation einer Alternative können zu echter Sicherheit führen.»

Soziale Stigmatisierung

Orr erklärt, dass sie bereits lange vor Kriegsbeginn beschlossen hatte, ihre Wehrpflicht zu verweigern, und zwar wegen «der Besatzung und Unterdrückung, die die Armee gegen die Palästinenser im Westjordanland ausübt». Die von der Hamas angeführten Anschläge vom 7. Oktober, so Orr, «haben uns wieder einmal gezeigt, dass Gewalt nur zu mehr Gewalt führt und dass wir das Problem friedlich lösen müssen und nicht durch noch mehr Gewalt».

Ungefähr 30 linke Aktivist:innen, die meisten von ihnen Jugendliche, begleiten Orr zum Rekrutierungszentrum. Mit einem Protest unterstützen sie Orrs Entscheidung, den Dienst zu verweigern, und wecken damit das Interesse mehrerer ultraorthodoxer Jeschiwa-Studenten, die gekommen waren, um sich vom Wehrdienst befreien zu lassen.

Tausende israelischer Jugendlicher werden jedes Jahr vor allem aus religiösen Gründen vom Wehrdienst befreit, aber nur eine Handvoll erklärt, dass sie politisch gegen den Militärdienst sind. Neben der Gefängnisstrafe kann eine

Verweigerung aus Gewissensgründen die Berufsaussichten schmälern und zu einer sozialen Stigmatisierung führen.

Jugend gegen Diktatur

Dennoch war Orr eine von 230 israelischen Jugendlichen, die Anfang September, noch vor dem Krieg, einen offenen Brief unterzeichneten, in dem sie ihre Absicht ankündigten, ihren Einberufungsbefehl zu verweigern, als Teil eines umfassenderen Protests gegen die Bemühungen der rechts-extremen israelischen Regierung, die Macht der Justiz einzuschränken. Die High-School-Schüler:innen, die sich unter dem Banner «Jugend gegen Diktatur» organisierten, stellten eine Verbindung her zwischen der Einschränkung der Justiz und Israels langjähriger Militärherrschaft über die Palästinenser:innen und erklärten, dass sie nicht in die Armee eintreten würden, «bis die Demokratie für alle, die im Zuständigkeitsbereich der israelischen Regierung leben, gesichert ist».

Angesichts der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der israelischen Öffentlichkeit den Angriff der Armee auf den Gazastreifen nach dem 7. Oktober voll und ganz unterstützt und dass linke Aktivist:innen mit massiver polizeilicher Repression und Doxxing (Veröffentlichung von persönlichen Daten im Internet) konfrontiert sind, weil sie gegen den Krieg Stellung beziehen, steht für Verweigerer:innen aus Gewissensgründen jetzt noch mehr auf dem Spiel. Im folgenden Interview erklärt Orr, warum sie in ihrer Entscheidung, sich zu verweigern, nie ins Wanken geraten ist.

Wie bist du zu der Entscheidung gekommen, den Militärdienst zu verweigern?

Ich habe mich immer schon mehr den Menschen als den Staaten verpflichtet gefühlt, aber mein Entschluss, die Wehrpflicht zu verweigern, wurde mir klar, als ich etwa 15 war. Ich begann, mir Fragen zu stellen: Wem würde ich mit meinem Militärdienst eigentlich dienen, und wozu würde ich ihnen helfen? Mir war klar, dass ich, wenn ich der Armee beitreten würde, einen jahrzehntelangen Kreislauf der Gewalt mitmachen und normalisieren würde. Mir wurde klar, dass ich das nicht nur nicht tun konnte, sondern dass ich alles in meiner Macht Ste-

hende tun musste, um dem ein Ende zu setzen und Widerstand zu leisten. Indem ich darüber spreche, was der Wehrdienst für mich bedeutet, hoffe ich, andere Menschen dazu zu bringen, über ihren Wehrdienst nachzudenken und darüber, ob sie glauben, dass er etwas Gutes bewirkt. Ich tue dies mit Empathie, Solidarität und Liebe für alle Israelis, die in Israel leben, und für alle Palästinenser:innen, die im Gazastreifen und im Westjordanland leben, unabhängig von ihrer Nationalität oder Religion – einfach aus der Überzeugung heraus, dass jeder Mensch es verdient, ein Leben in Sicherheit und Würde zu führen.

Du hast deine Meinung in den Jahren gebildet, in denen es zu verschiedenen Protesten gegen die Regierung kam – die «Balfour»-Proteste in Jerusalem im Jahr 2020 und die «Kaplan»-Proteste in Tel Aviv im Jahr 2023. Warst du in diesen Bewegungen aktiv?

Diese Proteste waren wichtig, aber sie konzentrierten sich nicht auf das,

was meiner Meinung nach die Wurzel des Problems ist. Deshalb war es für mich sehr wichtig, dorthin zu gehen und die Diskussion zu erweitern. Die israelische Gesellschaft bemüht sich sehr, die Besatzung und die Palästinenser:innen zu ignorieren, in dem Glauben, dass dieses Problem verschwinden wird. Aber es geht nicht weg, wie wir jetzt sehen. Das Problem verschwindet nicht, nur weil man aufhört, es zu beachten. Es bleibt bestehen und wächst weiter, bis es schliesslich explodiert.

Wie haben Freunde, Familie und Schulkameraden auf deine Entscheidung reagiert?

Die meisten Leute halten mich für verrückt und verstehen nicht, wovon ich rede. Sie sagen, ich sei naiv und egoistisch, und manchmal auch, ich sei antisemitisch, eine Verräterin, und sie wünschen mir alle möglichen gewalttätigen Dinge. Zum Glück gehören solche Leute nicht zu meinem engsten Umfeld, aber ich habe sowohl von Freund:innen als auch von Verwandten Reaktionen erhalten, die nicht einfach waren.

Viel schlimmer wurde es nach dem 7. Oktober mit der Welle der «Desillusionierten» – Menschen, die vor dem 7. Oktober an die Möglichkeit einer friedlichen politischen Lösung glaubten und danach die Hoffnung darauf verloren. Aber der 7. Oktober hat nur bewiesen, dass eine politische Lösung notwendig ist, da die Gewalt sonst einfach weitergeht.

In der israelischen Gesellschaft gibt es ein noch nie dagewesenes Verlangen nach Rache. Siehst du deine Militärdienstverweigerung als einen Versuch, die Öffentlichkeit zu überzeugen, oder als eine deklaratorische Aktion gegen das Verlangen nach Rache?

Es ist wichtig für mich, dies zu tun, auch wenn ich niemanden überzeugen kann. Aber ich weiss nicht, ob ich es öffentlich getan hätte, wenn ich nicht die Hoffnung gehabt hätte, dass die Leute zuhören und zuhören können und dass es noch Raum für Gespräche gibt. Es ist sehr wichtig, die israelische Gesellschaft zu erreichen, vor al-

lem die jungen Leute, die dort stehen, wo ich stehe, und ihnen zu zeigen, warum ich mich für das entschieden habe, was ich gewählt habe.

Hast du Freunde oder Bekannte, die derzeit in Gaza dienen?

Innerhalb von Gaza – nein. Aber ich habe viele Freunde, die in der Armee dienen oder gedient haben. Ich wünsche mir auch für sie das Beste. Ich möchte, dass der Staat keine Soldaten mehr in den Tod schickt. Ich möchte, dass sie ein normales Leben führen können – aber sie sehen das nicht so.

Hat dir die Begegnungen mit den Palästinenser:innen bei der Entscheidung geholfen, den Militärdienst zu verweigern?

Meine Ansichten waren schon relativ gefestigt, bevor ich Palästinenser:innen getroffen habe, aber das hat geholfen, sie greifbar zu machen: Menschen zu treffen, denen man von klein auf sagt, sie seien unsere Feinde, und zu sehen, dass sie ganz normale Menschen sind wie ich, die ihr Leben genauso leben wollen wie ich. Es gibt ein ernsthaftes Problem der Entmenschlichung, deshalb sind diese Begegnungen wirklich wichtig. In dem Moment, in dem man aufhört zu glauben, dass Palästinenser:innen Menschen sind, ist es viel einfacher, ihr Leben für wertlos zu halten und sie ohne Überlegen zu töten.

Hast du Bedenken, ins Gefängnis zu gehen, insbesondere in der gegenwärtigen Situation?

Ja, ohne jeden Zweifel. Die derzeitige Atmosphäre ist viel gewalttätiger und extremer gegen meine Überzeugungen und meine Entscheidung. Es versteht sich also von selbst, dass ich sowohl vor der Gefängnisstrafe als auch vor der Reaktion von aussen Angst habe. Aber genau das macht es für mich auch wichtiger. In diesen Zeiten ist es am wichtigsten, diese Stimme des Widerstands und der Solidarität zu erheben und nicht tatenlos zuzusehen.

Quelle: +972 Magazine, Übersetzung: UW.

Offener Brief an die GSoA
Ein echter Verrat

An der Vollversammlung der Gesellschaft Schweiz ohne Armee (GSoA) wurde eine einseitige Resolution zum Ukraine-Krieg angenommen. Darin heisst es unter anderem: «Wer für den Frieden ist, übt maximalen Druck aus, um Putins Macht zu schwächen (...).» Eine explizite Ablehnung von Waffenlieferungen und Ringtausch an die Ukraine gibt es nicht. Im Folgenden dokumentieren wir den offenen Brief der Friedensaktivistin Denise Plattner an die GSoA.

Liebe GSoA

Ich habe den Beschluss zur Kenntnis genommen, der am gestrigen Sonntag, dem 5. Mai, von Ihrer Vollversammlung verabschiedet wurde. Ich finde sie sehr verwirrend und äusserst problematisch für eine Bewegung, die sich als antimilitaristisch versteht.

Ich habe den Eindruck, dass Sie nicht ganz auf dem Laufenden sind über die Ereignisse, die zum Bürgerkrieg in der Ukraine geführt haben, über die Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine, über die Friedensverhandlungen, die im März 2022 zwischen den Kriegsparteien stattfanden, über deren Abbruch auf Wunsch der westlichen Länder, insbesondere der USA und Grossbritannien.

Ich habe den sehr unangenehmen Eindruck, dass Sie diese Ereignisse absichtlich ignorieren und sich lieber an das Narrativ der Mainstream-Medien halten, wobei Sie vielleicht äusserem Druck nachgeben, sich der Position von Bewegungen anpassen,

die sich als pazifistisch oder antimilitaristisch bezeichnen, aber die Fortsetzung des Krieges unterstützen, und dass Sie den intellektuellen Mut und die Unabhängigkeit vernachlässigen, die eine Bewegung wie die Ihre auszeichnen sollten.

Ihre Position ist nicht nur wenig mutig, sondern auch überholt. Denn viele Persönlichkeiten, die einen Krieg gegen Russland befürworten, geben nun zu, dass sie diesen Krieg wollen, dass die Invasion Russlands provoziert war und dass die Ukraine einen Stellvertreterkrieg führt, der den Interessen des westlichen Blocks dient.

In dieser Hinsicht kann die Position der GSoA wie ein echter Verrat an der Ukraine und ihrem Volk erscheinen, das sich nichts sehnlicher wünscht, als dass die Feindseligkeiten so schnell wie möglich eingestellt werden. In jedem Fall muss allein die Ukraine auf demokratische Weise über ihr Schicksal entscheiden, und es

ist sicherlich nicht die Aufgabe eines fremden Staates und schon gar nicht einer Gruppierung, die sich als antimilitaristisch versteht, darüber zu entscheiden, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit das Töten aufhört.

Ansonsten verweise ich auf die Positionen zahlreicher, insbesondere deutscher Persönlichkeiten, die sowohl rationale als auch rechtliche und moralische Argumente dafür anführen, dass die Kriegsparteien zur Aufnahme von Friedensverhandlungen ermutigt und nicht entmutigt werden sollten. Der russische Staatschef hat wiederholt seine diesbezügliche Bereitschaft signalisiert. Unter diesen Umständen für die Fortsetzung des Krieges einzutreten, verstösst gegen die Charta der Vereinten Nationen, da diese verlangt, dass der internationale Frieden mit diplomatischen Mitteln und ganz sicher nicht durch eine Intensivierung der Feindseligkeiten wiederhergestellt wird.

Ich fordere die GSoA daher nachdrücklich auf, sich nicht dem Druck von aussen zu beugen, insbesondere nicht dem Druck, der möglicherweise durch Mitglieder oder Sympathisanten von kriegstreiberischen Gruppierungen wie den deutschen Grünen ausgeübt wird, Ihre Mitglieder über alle Aspekte, insbesondere die historischen, des Krieges in der Ukraine angemessen zu informieren und Ihre Position bei nächster Gelegenheit zu überdenken.

Freundliche Grüsse,
Denise Plattner



Friedensprotest in Düsseldorf gegen den Waffenproduzenten Rheinmetall. Quelle: zVg.

Rezension von «Frieden. Eine Kritik. Aus aktuellem Anlass.»

Das Nein zum Krieg begründen!

Freerk Huiskens Flugschrift «Frieden. Eine Kritik. Aus aktuellem Anlass.» bietet eine tiefgehende Analyse und Kritik des Friedensbegriffs. Der ehemalige Professor für politische Ökonomie hinterfragt gängige Überlegungen und Vorurteile in diesem Kontext und zeigt pazifistisch gesinnten Menschen, wie sie ihre Argumente für den Kampf gegen den Krieg besser begründen können.

Von Ephraim Piatti

In der 2023 erschienenen Flugschrift «Frieden. Eine Kritik. Aus aktuellem Anlass.» widmet sich Freerk Huiskens, ehemaliger Professor für politische Ökonomie an der Universität Bremen, einer eingehenden Kritik der gängigsten Gedanken und Argumente im Kontext von Frieden und Krieg. Exemplarisch benutzt er dabei den in der deutschen Debatte allgegenwärtigen Ukraine-Krieg.

Die Relevanz von Huiskens Kritik liegt in der Möglichkeit, die sie friedensbewegten Menschen bietet: die eigenen Überzeugungen kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls Gedanken, Argumente und darauffolgende Handlungen an das Ziel – eine Welt zu schaffen, die nicht auf Gewalt und Konkurrenz basiert – anzupassen. Und auch wenn sich seine Ausführungen hauptsächlich auf Deutschland beziehen, der pazifistische Pluralismus, den Huiskens auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen in der Gesellschaft untersucht und der sich von Christen, Bürgerlich-Liberalen bis hin zu Anarchisten und Kommunisten erstreckt, bringt in der

Schweiz beinahe identische Argumente hervor.

Das Gegenteil von Krieg?

Im ersten Kapitel geht es um die allgemeine Friedensmoral. Huiskens führt dieses ein, indem er den Begriff «Frieden» definiert. Dies macht er anhand der Einträge im dtv-Lexikon als «Zustand ungestörter Ordnung oder ausgeglichener Harmonie», dem Philosophischen Wörterbuch zufolge charakterisiert «durch den Gegensatz des Krieges» und auf Wikipedia «als ein heilsamer Zustand der Stille oder Ruhe, als die Abwesenheit von Störung oder Beunruhigung und besonders von Krieg».

Zunächst stellt er anhand dieser Definitionen klar: «Irritieren könnte allenfalls der Umstand, dass Frieden primär nur negativ bestimmt wird.» Also, dass Frieden nur als das Gegenteil von Krieg definiert wird. «Irritieren könnte das deswegen, weil dabei zum einen ausgeblendet wird, welche Verhältnisse zwischen Gesellschaften und innerhalb derselben existieren müssten, die gewaltlose Regelungen ermöglichen

bzw. gar erfordern, und weil zum anderen alle realexistierenden Verhältnisse unterhalb der Schwelle des Krieges, also unterhalb der Zerstörung und Vernichtung von Land und Leuten, mit einem dicken Lob versehen werden: Hauptsache kein Krieg!» (S.8)

Daraufhin geht er auf die enthaltenen Abstraktionen und ihre notwendigen Relativierungen ein. Die Harmonie muss «ausgeglichen» sein, der Zustand der Ruhe muss «heilsam» sein. Wo sich dieser Zustand abspielt, versucht Huiskens durch eine weitere Definition im dtv-Lexikon zu verdeutlichen: «Der rechtlich geordnete Zustand innerhalb einer Gemeinschaft, zwischen Staaten, besonders der Zustand, in dem diese sich keiner gewaltsamen Mittel bedienen, um ihre Interessen durchzusetzen.»

Moralisches Denken

Huiskens fragt: «Wie ist wohl eine Gesellschaft verfasst, die der rechtsstaatlichen, also einer immer mit Gewalt ausgestatteten Regelungskompetenz bedarf, um geordnete Zustände herzustellen?» Des Weiteren: «Worin bestehen staatliche Interessen, wenn deren Hüter sich zwecks ihrer Durchsetzung den Einsatz von Gewaltmitteln extra versagen müssen?» Und schliesslich: «Was macht das Verhältnis zwischen Staaten derart heikel, dass der Verkehr zwischen ihnen dringend eine Friedensordnung bedarf?»

An dieser Stelle unterstellt Huiskens der herrschenden Wissenschaft, dass sie es sorgfältig vermeidet, sich bei dem Begriff «Frieden» in ihren Fragestellungen und Theoriebildungen «vom Blick auf jene empirischen Verhältnisse leiten zu lassen, die da zwischen Staaten eingerissen sind. Denn so ein Blick würde umgehend anderes offenbaren». Nämlich auf einen «Frieden, der mit Gewalt gesichert wird». Und darauf, dass «wenn es immer wieder Kriege sind, mit denen – natürlich nur zum Zwecke der Verteidigung – für den Erhalt bzw. die Wiederherstellung des Friedens gesorgt werden muss, dann steht ausser Frage, dass Staaten für die im Namen des Friedens geführten Kriege – ein hübscher Widerspruch – bereits in Friedenszeiten auch immer hinreichend gerüstet sein müssen». (S.9)

Im weiteren Verlauf des ersten Kapitels behandelt Huiskens die Art der Legitimation dieses Widerspruchs – der Kriegsbeteiligung für den Frieden. Um es vorwegzunehmen, alle von ihm analysierten Gedankengänge basieren auf einer moralischen Gut-und-Böse-Zweiteilung, die er selbst anhand eines Schiller-Zitats verdeutlicht: «Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt!» (S.10)

Die Frommen sind gut, weil sie Frieden wollen, und die Bösen sind böse,

weil sie den Frieden stören. Dass diese Logik eine Tautologie ist und keine sachliche Erfassung der Realität zulässt, scheint nicht klar zu sein. Auch stellt er richtig fest: «Das Deuten auf Schuldige ersetzt bei den Frömmsten die Ermittlung von Gründen fürs Handeln des «Bösen» durch moralisch vorgefertigte Rechtskategorien» (S.13). Eine Tatsache, die jeglichem moralischen Denken anhaftet und gleichzeitig die Moral zu einem geeigneten Mittel zur Vermittlung von Legitimationen aller erdenklichen Taten macht.

Pazifistischer Pluralismus

Im zweiten Kapitel befasst sich Huiskens mit der deutschen Friedensbewegung, zu der er sich wie folgt äussert: «Einen unrelativierten Einspruch gegen die wachsende deutsche Beteiligung am Krieg in der Ukraine gibt es bei den Pazifisten der Friedensbewegung. Entsprechend werden sie ausgegrenzt und beschimpft.» Er zitiert diverse Denotationen und geht auf eine etwas tiefer ein, in der Parteilichkeit gegen den Krieg gleichgesetzt wird mit Parteilichkeit für die betreffenden Gegner.

Zuerst schliesst er aus, dass friedensbewegte Menschen einfach in Ruhe gelassen werden wollen, «immerhin machen sie sich ja ständig öffentlich bemerkbar». Im Umkehrschluss schliesst er aus, dass es sich bei diesem Friedenswunsch um «eine Kampfansage an all jene Staaten, die im Verkehr miteinander weniger friedlich umgehen», handelt. «Immerhin sehen sie in eben diesen Staaten die zuständigen Adressaten für die Erfüllung ihrer Friedenswünsche, versprechen sich von staatlicher Politik den Einsatz für die Absage an Gewalt im Staatsverkehr» (S.33). Dies identifiziert Huiskens als «Kern ihres pazifistischen Anliegens».

Huiskens betont an der gleichen Stelle, dass seine Kritik nicht auf antiimperialistische Ausnahmefälle abzielt, sondern darauf, «Gemeinsamkeiten des politischen Treibens dieses pazifistischen Pluralismus zu benennen und zu prüfen» (S.32). Und «dass sich Pazifisten rückhaltlos gegen Krieg aussprechen, dass sie an diesem doch eigentlich selbstverständlichen Urteil gerade jetzt unbedingt festhalten, spricht für sie». Er erkennt an, dass diese Haltung gerade heute «alles andere als selbstverständlich» ist, «allerdings sollte man darüber nicht versäumen, ihr Nein zum Krieg auf ihre Gründe zu befragen».

«Ruinöse Kreuzzüge»

Weiter schreibt Huiskens, dass er auf seine Aufforderung, das «Nein zum Krieg auf ihre Gründe zu befragen», oft nur ungläubiges Staunen erntet, «das sich so artikuliert, «Braucht es denn dafür Begründungen, wo doch jeder Krieg ungeheuerliche Opfer, schreckliches Leid produziert». Huiskens stimmt zu, dass niemand die Gräueltaten eines Krieges leugnen kann, stellt darauffolgend aber fest: «Aus der Feststellung der Schrecken des Krieges folgt jedoch immer nur eins: Man hat sich die Frage vorzulegen, was diesen Krieg als militärisches Gegeneinander von Staatsgewalten auszeichnet, warum sich Staaten wechselseitig Zerstörung und ihren Bevölkerungen massloses Leid antun» (S.34). Doch die Befassung mit diesen Fragen sei nicht die Sache von Pazifisten: «Dass Staaten ihre politischen Gründe für die ruinösen Kreuzzüge haben, die sie gegeneinander führen, fällt dieser Betrachtungsweise damit zum Opfer – und zwar zwangsläufig: Denn mit der Entdeckung, dass Staaten politisch begründet Kriege vorbereiten und zweckmässig führen, dass also ihre Politik den Willen zum Krieg als Durchsetzungsmittel einschliesst, wären Staaten als geeignete Ansprechpartner für die pazifistischen Friedensfreunde glatt nicht mehr brauchbar, hätten sich die

Pazifisten glatt von ihrer politischen Mission zu verabschieden» (S.35).

Kriegsträchtiger Frieden

Der nächste wichtige Punkt, um das eigene Denken zu prüfen, ist «der idealistische Nationalismus der Pazifisten» (S.49). Der Autor stellt fest: «Diese idealistischen, aus ihrem Nationalismus geborenen Fehltritte [der oben aufgeführte Widerspruch] korrespondieren mit der Fehldeutung ihrer eigenen Rolle als Staatsbürger. (...) Es ist nämlich ihrer Stellung als private Bürger, die sich in allen alltäglichen Obliegenheiten der staatlichen Rechtsordnung zu unterwerfen haben und unterwerfen, (...) gänzlich unangemessen, wenn sie sich fiktiv zum fördernden Ratgeber für Krieg und Frieden zwischen Staatsgewalten aufschwingen» (S.50).

Im vierten Kapitel, in dem es um die globale Friedensordnung geht, schliesst Huiskens den Kreis und beantwortet die Fragen vom Anfang bzw. wird nun explizit, dass «die geleistete Kritik der Friedensmoral» es notwendig macht, zu ermitteln, «was es mit der Friedensordnung im Kapitalismus tatsächlich auf sich hat» (S.92). Er erklärt, wieso dieser Frieden ein «kriegsträchtiger» ist, wieso die ökonomische Konkurrenz zwi-



Freerk Huiskens: «Frieden. Eine Kritik. Aus aktuellem Anlass.», Flugschrift, 154 Seiten, VSA-Verlag, Hamburg 2023.

schen Staaten das «Herzstück» dieser globalen Friedensordnung darstellt. Hierfür geht er darauf ein, wie die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung zustande kam, wie sie auf Gewalt gegründet wurde, sich durch Gewalt der Staaten aufrechterhält, aber auch wie sie sich Staaten selbst aus verschiedenen Gründen die Gewalt zeitweilig verbieten können.

Insgesamt halte ich Freerk Huiskens teils polemische Analyse und Kritik für eine der zutreffendsten, die ich zum Friedensbegriff bisher gelesen habe. Huiskens Buch ist ein wichtiger Beitrag zum Friedensbegriff und bietet reichlich Erkenntnisse, auf denen aufgebaut werden kann. Als besonders treffend empfinde ich Huiskens Betrachtungen über die Negativbestimmung des Friedens, die alle realen gesellschaftlichen Verhältnisse unter der Schwelle des Krieges ausblendet, sowie die Tatsache, dass Frieden in der bestehenden Friedensordnung nur mit Gewalt gesichert werden kann. Ebenso die Betrachtungen über den Widerspruch, dass Adressaten und Verursacher unserer Friedensforderungen die gleichen sind, und die Frage darauf, warum nicht den Friedenswunsch in eine Kampfansage an die verantwortlichen Staaten umformulieren. Die Analyse des «idealistischen Nationalismus», in dem man sich in eine Position begibt, die den eigenen Interessen antagonistisch gegenübersteht, obwohl wir als Staatsbürger tagtäglich gewaltunterworfenen Verfügungsmasse sind, ganz unabhängig davon, ob unser Nationalstaat gerade einen Krieg vorbereitet oder schon führt.

Nein zu einer weiteren Hürde für den Zivildienst

Der Bundesrat hat beschlossen, bis zum 8. Juni 2024 ein Vernehmlassungsverfahren zur Verschärfung der Zulassungsbedingungen für den Zivildienst durchzuführen. Ziel ist es, die Zahl der Zulassungen zum Zivildienst zu reduzieren, indem Zulassungsgesuchen, die nicht auf einem Wissenskonflikt beruhen, entgegengewirkt wird.

Konkret wurden sechs Massnahmen eingeleitet, um den Übergang in den Zivildienst für Personen, die bereits Militärdienst geleistet haben, weniger attraktiv zu machen. Insbesondere ist vorgesehen, dass diejenigen, die die Rekrutenschule abgeschlossen haben, verpflichtet werden, mindestens 150 Tage Zivildienst zu leisten. Darüber hinaus werden diejenigen, die alle Ausbildungstage der Armee geleistet haben, nicht mehr für den Zivildienst zugelassen, während diejenigen, die für den Zivildienst in Frage kommen, künftig jährlich Dienst leisten müssen. Schliesslich wird das Verhältnis der Zivildiensttage zum Militärdienst für Unteroffiziere und Offiziere vom Faktor 1,1 auf 1,5 erhöht.

Seit einiger Zeit versucht der Bundesrat, den Zugang zum Zivildienst zu verschärfen. Als Schweizerische Friedensbewegung SFB lehnen wir dies ab. In einer Zeit, in der der Militarismus um sich greift, in der die Soldaten der Schweizer Armee immer mehr indoktriniert werden und in der die Armee immer stärker von der NATO abhängig und mit ihr verbunden wird, auch im Widerspruch zur schweizerischen Neutralität, ist es unerlässlich, dass sich unsere junge Generation für den Zivildienst entscheiden kann, anstatt zu einer gefährlichen militaristischen Maschinerie beizutragen!

Schweizerische Friedensbewegung SFB

Verschleierung von Unterdrückungssystemen

Krieg: Humanitär, feministisch, queer?

Kriege brauchen ihre Legitimation, ihre Rechtfertigung und ihren Mythos – sie brauchen eine gewisse Akzeptanz in der Bevölkerung. Die «progressive» Darstellung von Militäreinsätzen fand bereits zu Zeiten des Kolonialismus im 19. Jahrhundert statt – durch die zivilisatorischen und fortschrittlichen «Werte». Heutzutage funktioniert die Kriegslegitimation u.a. durch das Narrativ, unvermeidbare Militäreinsätze könnten humanitär, feministisch oder queer sein.

Von Jacqueline Andres

In den 1990er Jahren wurde der Humanitarismus ein legitimer Weg zum Einsatz von Militär. Beispielhaft dafür ist Madeleine Albright, als die damalige US-Staatssekretärin nach dem Ende des Kalten Krieges im Jahr 1993 den damals amtierenden Generalstabschef Colin Powell fragte: «Was nutzt uns dieses grossartige Militär, von dem Sie immer reden, wenn wir es nicht einsetzen können?» Damals zögerte Colin Powell hinsichtlich der Luftschläge gegen Bosnien im Jahr 1993 mit dem Argument, es fehle ein klares politisches Ziel. Die vermeintlich zwingende moralische Anfordernis füllte die Leerstelle von konkreten politischen Zielen und machte eine rechtliche Begründung überflüssig. In den 1990ern etablierte sich auch das Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect; R2P), ein Konzept, das die Verantwortung des Wohlergehens einer Bevölkerung von der eigenen Regierung auf die internationale Gemeinschaft überträgt, sollte diese den Schutz selbst nicht gewährleisten können. Doch obwohl diese «humanitären Interventionen» im Namen von Humanität und Menschlichkeit geführt werden, werden paradoxerweise Zivilisten getötet, um sie zu retten.

Abgesehen von einer moralischen und humanitären Begründung eines Militäreinsatzes, der schützen soll, kann sich die Bezeichnung «humanitär» auch auf die Form des Krieges und des Tötens beziehen. So zum Beispiel verkärt die Darstellung der militärischen Besatzung als «humanitäre Alternative zum Krieg» ihre Natur der «organisierten politischen Gewalt». Dies ist der Fall bezüglich der seit 2007 andauernden völkerrechtswidrigen Belagerung von Gaza: Tatsächlich wird die Gewalt gerade durch einen Prozess der wirtschaftlichen «De-Entwicklung» aufrechterhalten, indem die Infrastruktur ins Visier genommen wird, aber auch durch die Einschränkung des Zugangs zu Land und damit zu den Lebensgrundlagen sowie zu Nahrung, Wasser, Bildung und Gesundheitsversorgung, was an sich schon humanitäre Verstösse darstellen. Die humanitäre Art des Tötens bestimmt sich auch durch die eingesetzten Kampftechnologien. Der französische Philosoph Grégoire Chamayou beschreibt die Kriegsführung

mit Drohnen, die ihre Pilot*innen schützen, als humanitär und militaristisch zugleich und erklärt: «[Die Drohne] ist eine Macht, die sowohl tötet, als auch rettet, verwundet und heilt, und sie erfüllt diese beiden Aufgaben in einer einzigen Geste, auf integrierte Weise». Die progressive oder auch moralische Rahmung von Krieg, macht ihn unausweichlich.

Frauen retten?

Die Darstellung eines Militäreinsatzes als feministisch oder als der Emanzipation der Frau dienlich, reicht ebenfalls in die Kolonialzeit zurück. Gayatri Chakravorty Spivak, Mitbegründerin der postkolonialen Theorie, formulierte schon in Hinsicht auf den Kolonialismus im 19. Jahrhundert den pointierten Satz, «weisse Männer retten braune Frauen vor braunen Männern». Dies zeigte sich in den Entschleierungskampagnen der französischen Kolonialmacht in Algerien, die u.a. dazu dienten, die brutale Kolonialherrschaft als Vorantreiber der Emanzipation der algerischen Frauen zu betrachten. Der Afghanistankrieg begann 2001 mit der US-geführten Operation Enduring Freedom (Beständige Freiheit), die offiziell auch zur Befreiung der afghanischen Frauen von der Herrschaft der Taliban beitragen sollte. Auch in den Leitlinien für feministische Aussenpolitik des deutschen Auswärtigen Amtes findet eine Definition von Feminismus statt, die nicht in Widerspruch zum Militarismus steht, sondern diesen legitimiert. Deutlich wird dies in der Formulierung: «Russlands Krieg gegen die Ukraine zeigt, dass im Angesicht brutaler Gewalt Menschenleben auch mit militärischen Mitteln geschützt werden müssen. Deshalb ist feministische Aussenpolitik nicht gleichbedeutend mit Pazifismus. Sie ist der humanitären Tradition verpflichtet, aus der sich klassische Friedenspolitik und Rüstungskontrolle speisen. Dabei erkennt sie aussenpolitische Realitäten an und stellt sich den daraus erwachsenden Dilemmata». Das Dilemma speist sich aus dem Anspruch, eine friedliche Welt anzustreben, doch gleichzeitig durch die politischen Realitäten zu militärischen Ansätzen gezwungen zu sein.

Neoliberale Politik

Auch in Bezug auf den Krieg gegen Gaza sprach Aussenministerin Annalena Baerbock von einem «Dilemma»: «Das ist ein unglaubliches Dilemma, weil die Hamas ganz bewusst die Zivilbevölkerung in Gaza als Teil ihres perfiden terroristischen Ziels, nämlich Israels Sicherheit zu zerstören, einsetzt. Das heisst, das unglaubliche Dilemma, das wir seit Wochen erleben, bedeutet, dass Israel sich verteidigen muss, um seine Bevölkerung vor den terroristischen Raketenangriffen zu schützen.» Ein Dilemma, aus dem es für Baerbock keinen friedlichen Ausweg gibt und das keine Forderung nach einem Waffenstillstand erlaubt, auch nicht, nachdem Südafrika Israel des Völkermords vor dem Internationalen Gerichtshof anklagte und dieser die Anklage als plausibel akzeptierte. Dabei ist die Lage besonders für Frauen und Mädchen katastrophal: «Israels nahezu totale

Belagerung und wahllose Bombardierung des Gazastreifens haben bereits Zehntausende palästinensischer Frauen und Kinder getötet, verstümmelt und unter den Trümmern verschwinden lassen. Viele weitere wurden vertrieben und müssen den strengen Winter ohne angemessene Unterkunft und Versorgung überleben. Der fast vollständige Zusammenbruch des Gesundheitssystems in Verbindung mit dem Mangel an Nahrungsmitteln und sauberem Wasser bedeutet, dass etwa 45000 schwangere Frauen und 68000 stillende Mütter in Gaza der Gefahr von Anämie, Blutungen und Tod ausgesetzt sind.» (Al-Jazeera)

Ob die zuständigen Politiker*innen nun moralisch widerwillig oder ideologisch euphorisch für den Krieg stimmen, dürfte bei den Opfern des Krieges wenig Unterschied machen. Wie die Politikwissenschaftlerin und Aktivistin Françoise Vergès hervorhebt: «Die Staatsoberhäupter haben sich ein «weiches» feministisches und humanistisches Patriarchat zu eigen gemacht, das in scharfen Kontrast zu einem vulgären, rassistischen, homophoben und transphoben Patriarchat steht, das sich damit brüstet, Frauen «bei der Muschi zu packen» und staatliche Institutionen zu verachten. Und doch verfolgen beide dieselbe neoliberale Politik, beide verteidigen die extraktivistische Wirtschaft, beide halten an der grossen Erzählung des Westens vom unendlichen Fortschritt fest, von der wir wissen, dass sie historisch auf der Ausbeutung der Menschen und Ressourcen des Globalen Südens beruht.»

Pinkwashing in Israel

Sowohl im Falle der Ukraine als auch Israels erfolgt eine Legitimierung der jeweiligen Kriege durch die Behauptung, diese sicherten die Rechte von queeren Menschen, d.h. von homo-, bisexuellen, transgender und non-binären Menschen, sowie die Freiheit und die Moderne. Die Instrumentalisierung der Rechte der LBTIQ-Community für eigene Interessen nennt sich Pinkwashing; damit stellen sich Staaten – und immer wieder auch ihr Militär und Rüstungsunternehmen – als fortschrittlich, modern, demokratisch und liberal dar. So schlossen sich z.B. Kämpfer*innen in der Ukraine in dem Einhornbataillon zusammen, um in der Ukraine gegen Russland zu kämpfen. Sie begründen ihren Einsatz mit dem Willen, die Rechte der queeren Community vor Russland schützen zu wollen. Lenny Emson, Direktor von Kiev Pride, sagte bei der Sydney World Pride Conference im Jahr 2022, um die Unterstützung in der queeren Community zu vergrössern: «gegen Russland zu kämpfen heisst, gegen Homophobie und Transphobie zu kämpfen». Auch in der Bundeswehr, einem Ort an dem die Diskriminierung von queeren Soldat*innen vergleichsweise grösser ist, als auf dem gängigen Arbeitsmarkt, findet Pinkwashing statt. Bei der Verabschiedung von Anastasia Biefang, der ersten Transgender-Kommandeurin in der Bundeswehr, fuhr sie auf der Ladefläche eines Militärfahrzeugs stehend durch die Kaserne. Beide Seiten des Fahrzeuges schmückten ein buntes Einhorn. Biefang ist auch im Vorstand des QueerBw eV, der als Verein zur Interessensvertretung von queeren Soldat*innen dient. Doch auch dieser Verein legitimiert u.a. den Krieg gegen Russland: So setzte der Verein seinen Truck beim Colognepride im Jahr 2023 «ganz ins Zeichen der Ukraine» und schliesst seinen Beitrag dazu auf der eigenen Homepage mit «Slava ukraini!»



Missbrauch von LGBTQ-Symbolen für Krieg: Ein israelischer Soldat mit Regenbogenfahne und dem Spruch «Im Namen der Liebe» in den Ruinen von Gaza. Quelle: zVg.

Die «moderne» Welt und die Rechte von Queers behaupten auch die Israel Defense Forces (IDF) in Gaza zu verteidigen. Auf dem offiziellen Twitter-Account des Staates Israel erschien am 13. November 2023 ein Bild eines IDF-Soldaten mit Regenbogenfahne in den Ruinen Gazas. Auf der Fahne stand auf Arabisch und Englisch «Im Namen der Liebe». Beschrieben mit den Worten «Yoav Atzmoni, ein Mitglied der LGBTQ+-Gemeinschaft, wollte den Menschen in Gaza, die unter der Brutalität der Hamas leben, eine Botschaft der Hoffnung senden. Seine Absicht war es, die erste Pride-Flagge in Gaza als Aufruf zu Frieden und Freiheit zu hissen.» Dabei ist es eine reine Behauptung, dass dies zum ersten Mal passiere – implizit wird damit gesagt, dass es unmöglich bereits Palästinenser*innen getan haben könnten.

Queerer Widerstand

Der israelische Collonel Jair Lapid der Oppositionspartei Jesch Atid äusserte in einem Interview mit «Die Welt» Unverständnis für «Queers for Palestine», die auf einer Demonstration am 4. November 2023 in Berlin mitliefen: «Warum gibt es keine Transperson in Gaza? Warum gibt es keine offenen Schwulen in Gaza? Sie werden dort ermordet, es ist eine Terrororganisation. Wenn wir sie nicht besiegen, werden sie auch auf Euch losgehen, sie werden nach Deutschland losziehen.» Die Organisation «alQaws for Sexual & Gender Diversity in Palestinian Society» analysiert ausführlich die Auswirkungen von Pinkwashing auf die palästinensische queere Community: «Wenn die Verteidiger*innen Israels über queere Palästinenser*innen sprechen, dann nur um ein Bild der individuellen Viktimisierung zu zeichnen, das den Kontrast zwischen palästi-

nensischer Rückständigkeit und israelischer Fortschrittlichkeit darstellt. Diese Darstellungen suggerieren, dass die palästinensische Gesellschaft an pathologischer Homophobie leidet und dass abweichenden Stimmen in dieser Gesellschaft nicht lange überleben könnten. Pinkwashing sagt queeren Palästinenser*innen, dass persönliche (und niemals kollektive) Befreiung nur möglich ist, indem sie aus ihren Gesellschaften fliehen und in die Arme ihrer Kolonisator*innen laufen.» Tatsächlich verschärft die israelische Besatzung die Marginalisierung von queeren Palästinenser*innen, da einzelne u.a. durch ein angedrohtes Outing zur Kollaboration mit israelischen Nachrichtendiensten gedrängt werden und weil sie den Druck verinnerlichen, ohne einen emanzipatorischen Ausweg zu sehen. Dabei besteht in Queerness das Potenzial einer «Praxis des Widerstands», «queer im Sinne einer Unterbrechung der Gewalt der normativen Ordnung, und zwar auf kraftvolle Weise». Auch die Haltung von alQaws ist hier ähnlich: «Queere Befreiung ist ein politischer Ansatz zu Sexualität und Geschlecht, der in der Ablehnung von Hetero-Normativität und Patriarchat wurzelt, welches die Grundlage jedes Unterdrückungssystems ist – einschliesslich des israelischen Siedlerkolonialismus.» Umso schädlicher stellt sich das Pinkwashing zum Verschleiern von Unterdrückungssystemen und von Kriegen raus, denn die normative Ordnung sollte aufgebrochen werden, um Unterdrückungssysteme – Kapitalismus, Patriarchat und Militarismus – abzuschaffen, nicht um sie mit progressiven Werten und Rahmungen zu legitimieren.

Quelle: Informationsstelle Militarisierung. Kürzung: UW.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Mail: _____

PLZ: _____

Wohnort: _____

☐ Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Fr. 20.–/Jahr)

☐ Ich möchte Mitglied der Schweizerischen Friedensbewegung SFB werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 50.– inkl. UW-Abo)

☐ Ich möchte ein gratis Probeabonnement der UW

☐ Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____

Unterschrift: _____

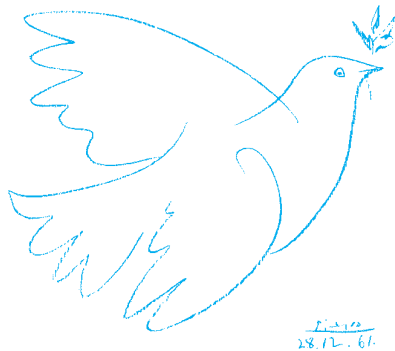
Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch

Newsletter

Seit Kurzem gibt es ein Newsletter der Schweizerischen Friedensbewegung SFB. Einmal im Monat erhältst du per E-Mail alle wichtigen Infos der SFB, aktuelle Nachrichten zu friedenspolitischen Themen und verschiedene Veranstaltungshinweise. Bleib auf dem Laufenden und abonniere jetzt das SFB-Newsletter! Schreib uns eine kurze E-Mail oder trag dich ein unter:

www.friedensbewegung.ch/newsletter

ISSN 1423-6826
unserewelt@friedensbewegung.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt



Inmitten von Kampfgefährten: Joe Stebler 1949 am Pariser Weltfriedenskongress.

100 Jahre Louise und Joe Stebler-Keller Leben für den Frieden

An einem 3. Februar und einem 3. Juli vor hundert Jahren wurden Joe Stebler (1924 – 1994) und Louise Stebler-Keller (1924 – 2019) geboren. Wir gedenken ihnen in tiefer Dankbarkeit.

Von Martin Schwander

Am 8. Mai 1947 schreibt der damals 23-jährige Basler Grossrat Hans Joe Stebler im «Vorwärts» in einer Buchbesprechung, es sei mit aller Deutlichkeit zu sagen, dass der Dritte Weltkrieg keineswegs unvermeidlich ist. «So gut wie es möglich war, den Krieg gegen die nationalsozialistischen und faschistischen Weltunterdrücker zu gewinnen, weil eine Koalition zwischen einem sozialistischen Staate und demokratisch regierten kapitalistischen Staaten zustande kam, so gut ist es möglich, den Frieden durch einen Bund derselben Staaten zu bewahren.»

Joe Stebler

«Friedens-Joe» nannten meine Kinder Hans Stebler, um ihn von einem anderen, dem Spanien-Joe, zu unterscheiden. Der Friedens-Joe – gibt es eine grössere Anerkennung als diesen Titel aus dem Munde derer, für die wir eigentlich kämpfen, um deren Zukunft es geht?

Hans Stebler wurde am 3. Februar 1924 als Sohn einer Arbeiterfamilie im unteren Kleinbasel geboren. Zusammen mit seiner älteren Schwester Paula verbringt er eine entbehrungsreiche, aber glückliche Kindheit und Jugend. Geprägt ist diese Kindheit einerseits von der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre mit ihrer Not und ihren Entbehrungen, die vor allem die Arbeiterschaft treffen, andererseits von der Machtergreifung der Hitler-Faschisten im benachbarten Deutschland und ihrem brutalen Terror gegen die Arbeiterbewegung.

«1934 lernten wir uns kennen im Kinderferienlager der Feriengemeinschaft Basler Arbeiterkinder im Engadin», erinnert sich Hansjörg Hofer am 2. Dezember 1994 in einer Ansprache an den gerade verstorbenen Friedensfreund. «Hans und Paula traten dem Arbeiterkinder-Verband bei und dort sind wir zusammen aufgewachsen. Der AKV war unsere Heimat. Wir trugen blaue Blusen und den roten Schlips, sammelten Gelder für die Ferienlager, machten Solidaritätsarbeit für

Streikbewegungen in der Schweiz und für die politischen Emigranten aus Italien und Deutschland.»

Als sich 1939 die Sozialdemokratische Jugend und der Kommunistische Jugendverband zur Sozialistischen Jugend (SJ) zusammenschlossen, war Joe, wie er wegen seiner Vorliebe für die Romane Jack Londons genannt wurde, dabei.

Bereits ein Jahr später, nach dem Sieg der Hitlerwehrmacht im Westen, wurde die Sozialistische Jugend wie die Kommunistische Partei vom Bundesrat verboten. Razzien, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen folgten. Joe, der in Buochs Arbeitsdienst leistete, wurde dort von der politischen Polizei abgeholt und ganze fünf Wochen im Lohnhof in Untersuchungshaft gehalten. Während die Sozialdemokratische Jugend nach dem Verbot der SJ als legale Organisation neu gegründet werden konnte, musste der Kommunistische Jugendverband in der Illegalität wieder aufgebaut und organisiert werden. «Joe hat in dieser Phase grosse Arbeit geleistet und hat sich zum unangefochtenen Leader dieser Jugendbewegung entwickelt», unterstrich Hansjörg Hofer. «Alles setzten wir ein, was wir hatten und konnten, im Kampf gegen die Hitler-Barbaren, die 1941 die Sowjetunion überfallen hatten. Am Wochenende aber tippelten wir im Jura, sangen unsere hoffnungsvollen Lieder am Lagerfeuer, die Joe mit seiner Mundharmonika anzustimmen pflegte.»

In dieser Zeit lernt Joe in der Jugendbewegung auch Louise Keller kennen, seine zukünftige Lebensgefährtin.

Louise Stebler-Keller

Louise stammte aus einer Täuferfamilie im Kanton Schwyz. Ihr Grossvater sei ein fortschrittlicher Denker gewesen, der am Sonntag Wanderungen in der Natur dem Kirchenbesuch vorgezogen habe, meinte Louise in ihren Erinnerungen («Lebenszeiten», Nestor-Verlag Bratislava). «1922 zogen meine Eltern Joseph und Anna Keller-Winkler nach Lyon, wo sie heirateten. Mein Vater arbeitete als Optiker, meine Mutter als Kindermädchen. (...) Sie wurden Mitglieder der starken

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel
E-Mail: mail@friedensbewegung.ch
Telefon: 061/681 03 63
Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Ruedi Moser, Ephraim Piatti, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 500
Abonnementspreis: mindestens 20 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

kommunistischen Partei Frankreichs (PCF).» Weil Louises Vater für ein grosses Fest der PCF als Buchhalter wirkte, wurde das Ehepaar des Landes verwiesen. Sie zogen nach Genf, später nach Zürich und begründeten ihr eigenes Optikergeschäft. Als Louise fünf Jahre alt war, wechselten sie nach Basel.

Als Schulkind strickte Louise ihre ersten Socken für das gegen den Faschismus kämpfende Spanien, während ihre Eltern in der Roten Hilfe aktiv waren. Mit 17 Jahren trat sie selbst der «Freien Jugend» bei, wie sich der Kommunistische Jugendverband damals nannte. In Basel sei antifaschistisches Denken weit verbreitet gewesen, schrieb Louise. Sie selbst half als Kind kleine Flugblätter in schwarzes Papier einzurollen, die dann von einer Brücke auf die Züge geworfen wurden, die ins faschistische Deutschland fuhren. Später wurden ihre Aktionen handfester: «Wir spannten Telefondrähte über den Rhein, mitten in der Stadt Transparente mit antifaschistischen Parolen. Wir klebten Zettel und sprayten an Hauswände, z. B. «Schnauz schlägt Schnäuzchen» (Stalin/Hitler). Wir liessen Zettel in Versammlungen flattern. Wir brachten illegal Zeitungen zu den Abonnenten oder druckten selbst solche. Wir sabotierten Transportzüge, die von Deutschland nach Italien fuhren und nachts bei Basel standen, indem wir die Achsen mit Sand füllten.»

Einige dieser Aktionen führte sie bereits mit ihrem späteren Mann durch. Joe absolvierte im Geschäft ihrer Eltern eine Optikerlehre, die später noch durch eine Optikermeister-Lehre ergänzt wurde. 1946 im Herbst heiraten die beiden und waren bald Eltern zweier Töchter.



Gut vernetzt: Louise Stebler-Keller an einem Fest der SFB.

«Schon in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre fühlten sich Joe und Louise stark zur internationalen Friedensbewegung hingezogen», unterstrich Hansjörg Hofer in der erwähnten Ansprache. Tatsächlich beteiligten sich die zwei Führungsmitglieder der neugegründeten «Freien Jugend der Schweiz» mit aller Kraft an der Organisation «Frieden durch Aufbau», die in Jugoslawien, Bulgarien und der Tschechoslowakei Arbeitseinsätze leistete und damit einen der Keime für die künftige Schweizerische Friedensbewegung legte.

Die Zukunft ist gemeinsam oder sie ist nicht

1949 – in Washington war gerade der aggressive NATO-Pakt unter-

zeichnet und in Bonn zur Gründung eines Separatstaates gerüstet worden, Frankreich führte seinen schmutzigen Krieg gegen die Völker Indochinas, England massakrierte die Malaian, in Griechenland wehrten sich einige Patrioten verzweifelt gegen die Reaktion, der kalte Krieg drängte die demokratischen Kräfte allenthalben in die Defensive. Und in diesem 1949, am 20. April, eröffnete der französische Atomphysiker und Nobelpreisträger Joliot-Curie im traditionsreichen Pariser Konzertsaal von Pleyel den Weltkongress der Kämpferinnen und Kämpfer für den Frieden. Der 29-köpfigen Delegation aus der Schweiz schlossen sich auf eigene Initiative auch der junge Basler Grossrat Joe und Louise an. Zurück in der Schweiz, nach der Gründung der Schweizerischen Friedensbewegung, sollten sie, zunächst in Basel, später dann, in schwierigen Zeiten, schweizweit zu den tragenden Säulen dieser Bewegung gehören.

Der beginnende Erfolg der Friedensbewegung weltweit und in unserem Land veranlasste die kriegstreibenden Kräfte zu Gegenmassnahmen. Eine beispiellose Hetzkampagne begann, die Friedensbewegung fand keine Versammlungsräume mehr, ihre Treffen wurden überwacht und sabotiert, ihre Tätigkeit als kommunistische Wühlarbeit, ihre Organisation als kommunistische Frontorganisation verteufelt. Dabei war es gerade Joe und Louise ein Anliegen, die Friedensfreunde möglichst breit und aus den verschiedensten Lagern zusammenzuführen. Die Zukunft ist gemeinsam oder sie ist nicht. Joe und Louise waren KommunistInnen und haben daraus nie einen Hehl gemacht, sie waren als KommunistInnen aktive FriedenskämpferInnen geworden,

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!

krieg, für die Befreiung der portugiesischen Kolonien, gegen die Apartheid, für die Rechte des palästinensischen Volkes, in unzähligen Aufklärungskampagnen gegen die atomare Bedrohung, an den Ostermärschen und den nationalen Friedenskundgebungen der 80er Jahre: überall spielte die Schweizerische Friedensbewegung ihre Rolle und insbesondere Joe war ihre treibende Kraft. Louise ihrerseits engagierte sich ab 1955 aktiv an der Gründung und Entwicklung der Schweizerischen Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt (SFFF). Die Gleichberechtigung der Frauen und die Solidarität mit den benachteiligten Völkern der Welt waren ihr lebenslanges Anliegen. 1968 wurde sie als eine der ersten Frauen in Basel für die Partei der Arbeit in den Grossen Rat gewählt, wie Jahre zuvor bereits ihr Mann. Auch diese demokratische Plattform wollte sie für ihre grossen Ziele nutzen. Nicht weniger als 28 Jahre wirkte sie im Parlament. Die Partei der Arbeit der Schweiz ehrte Louise zu ihrem 100. Geburtstag, indem sie der Friedenskämpferin die diesjährige Mitgliederkarte widmete.

Vereint in Idealen und Zielen

Friedenskampf umfassend verstanden, Frieden unter den Menschen, aber auch mit der Natur, das war für Joe und Louise als Mitglieder der Naturfreunde selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich wie die enge Verbindung von Friedensarbeit und Solidarität, die dialektische Zusammengehörigkeit von Frieden und Entwicklung, von Entwicklung und Frieden. Deshalb liess die schweizerische Friedensbewegung jene Völker nicht allein, die, nachdem sie die Freiheit von den Unterdrückern erkämpft hatten, nun die oft schwierigere Etappe des konkreten Aufbaus wagen mussten. Vietnam, die grosse Konstante der Solidaritätsarbeit, Kuba, Nicaragua.

«Joe und Louise waren eine verschworene Gemeinschaft mit den gleichen Idealen und Zielen», schrieb Fränzi Genitsch-Hofer in der UW zum 90. Geburtstag von Louise. «Sie setzten sich mit Hartnäckigkeit unbeirrt und unermüdlich ein für den Frieden, für Gerechtigkeit, für die Rechte der Arbeiter, der Frauen, der Benachteiligten, kurz gesagt, für alle, die Hilfe und Unterstützung nötig hatten. Bis zum Tod von Joe im Jahre 1994 waren die beiden das Herz und die Seele der Schweizerischen Friedensbewegung.

Obwohl Louise nun ohne ihren geliebten Lebens- und Kampfgefährten blieb, und die politische Entwicklung auf der Welt in diesen Jahren viele Rückschläge für die fortschrittliche Menschheit mit sich brachte, verzagte sie nicht. Sie setzte sich weiterhin ein, dort wo sie gerade gebraucht wurde.»

Joe Stebler verstarb am 29. November 1994, Louise Stebler-Keller am 12. Februar 2019. Die Ideale, die das kämpferische Ehepaar Zeit ihres Lebens hochgehalten hat, bleiben Richtschnur für uns alle.

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
20. Mai 2024